



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2017

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------|----------------------------------|----|
| I. | Vorbemerkung..... | 3 |
| II. | Zusammenfassung Deutschland..... | 4 |
| III. | Deutschland – Daten 2017 | 7 |
| IV. | Zusammenfassung Länder | 12 |
| V. | Länder – Daten 2017 | 16 |
| VI. | Tabellenverzeichnis..... | 36 |

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfangenden, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen und auch auf Grundentscheidungen zur Frage, wie die Hilfen der Bundesstiftung im jeweiligen Bundesland verwendet werden sollen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, mit Wirkung für den Berichtszeitraum zuletzt geändert am 17. Februar 2016, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der - positiv beschiedenen - Hilfeempfangenden geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wieder.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2017 **784 901** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (792 141¹ Geburten) war damit die Geburtenzahl leicht um **0,91 %** gesunken. In den Vorjahren waren dagegen hohe Steigerungen zu verzeichnen: Allein von 2015 auf 2016 gab es einen Anstieg um 7,40 %, in den Jahren davor um 3,17 % und 4,82 %. Die Geburtenzahl stabilisiert sich damit auf hohem Niveau.

2017 war mit **166 462** erstmals wieder ein Rückgang der Zahl der **Antragstellerinnen** zu verzeichnen, jedoch nur um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr. Damit befand sich diese Zahl wie auch die der **Hilfempfängerinnen (152 652)** weiter auf hohem Niveau. Die Bewilligungsquote hatte sich sogar um einen Prozentpunkt auf 92 % gesteigert (Tabelle 1). Tabelle 21 zeigt, dass sich der Anteil der Hilfempfängerinnen, die sich im Asylbewerberleistungsbezug befanden, in allen Bundesländern verringert hatte, zum Teil um bis zu 61 %. Der Rückgang scheint also vor allem daran zu liegen, dass der Scheitelpunkt der Geflüchtetenzenzahlen bereits überwunden war.

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten, in 2017 **19,5 %** (2016 19,8 %). Somit wurde auch im Jahr 2017 annähernd **jede fünfte Schwangere** von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt.²

Bei den Altersgruppen der Hilfempfängerinnen gab es auch in 2017 keine Änderung gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der **volljährigen Hilfempfängerinnen** lag konstant bei 98 % (Tabelle 2).

Die Veränderungen des **wirtschaftlichen Status** der Hilfempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) bilden den Rückgang der Zahl der Hilfempfängerinnen aufgrund der rückläufigen Zahl der Geflüchteten gegenüber dem Vorjahr ab: der Anteil der Hilfempfängerinnen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten, ging um 7 Prozentpunkte zurück, während der Anteil der Hilfempfängerinnen, die Leistungen nach SGB II und XII bezogen, um 7 Prozentpunkte angestiegen war. Bei den Anteilen der Hilfempfängerinnen mit den anderen Einkommensarten gab es gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen (Tabelle 3).

¹ Das Statistische Bundesamt hat die Zahl der Lebendgeborenen 2016 nach Erscheinen des Sozialdatenberichts 2016 um 10 nach oben korrigiert, siehe <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/lebendgeborene-differenz.html>.

² Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2017 geboren wurden, zum Teil bereits in 2016 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2017 Bewilligungen ausgesprochen wurden, erst in 2018 geboren wurden.

Bei der **Staatsangehörigkeit** der Hilfeempfangenden hatte sich 2017 der Trend der Vorjahre fortgesetzt. Der Anteil der Hilfeempfangenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit war weiter gestiegen auf 53 %, der Anteil der Hilfeempfangenden mit deutscher Staatsangehörigkeit war auf 47 % zurückgegangen. Jedoch hatte sich die Entwicklung abgeflacht: die Veränderungen betragen jeweils nur 2 Prozentpunkte, während es in den Vorjahren jeweils 7 Prozentpunkte (von 2014 auf 2015) bzw. 10 Prozentpunkte (von 2015 auf 2016) waren, (Tabelle 4).

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es 2017 nur marginale Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfangenden ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche**³ beantragt. Im Berichtsjahr stieg der Anteil der Hilfeempfangenden, die ihren Antrag nach der 20. Schwangerschaftswoche stellten, um einen Prozentpunkt auf 68 %. Der Anteil der Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche ging im Gegenzug um einen Prozentpunkt zurück. Die zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge machten nach wie vor 28 % aus (Tabelle 5).

Bei den **Lebensformen** der Hilfeempfangenden setzte sich 2017 der seit 2015 bestehende Trend fort: Der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben in ehelicher Gemeinschaft lebten, blieb gegenüber 2016 zwar konstant auf 50 %. Sie stellten damit nach wie vor die größte Gruppe. Doch der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden stieg weiter, wenn auch nur um einen Prozentpunkt auf 34 %. Korrespondierend fiel der prozentuale Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfangenden um einen Prozentpunkt auf 16 % zurück (Tabelle 6).

In 2017 war die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** gegenüber dem Vorjahr wieder um 11 gestiegen. Insgesamt wirkten somit 1 265 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befanden sich rund 83 % in freier Trägerschaft (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **152 652 Hilfeempfangenden** in Deutschland betrug 2017 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung 623 Euro** und war somit gegenüber dem Vorjahr um 11 Euro niedriger. Das entspricht einer Verringerung um 1,7 % (Tabelle 9). Und dies obgleich es in 2017 zwar keine Sonderausschüttung aus dem Stiftungsvermögen gab, aber die Bundeseinlage einmalig um 4 Mio. Euro angehoben worden war.

Die leichte Verringerung des Durchschnittsbetrags trotz Erhöhung der Mittel um 1,7 % und gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Hilfeempfangenden um 3,3 % erklärt sich womöglich

³ Erfasst wird die Schwangerschaftswoche entsprechend der Angabe im Mutterpass. Diese berechnet sich nach dem ersten Tag der letzten Periode und kann daher von dem tatsächlichen Empfängnisterrin bis zu 2 Wochen abweichen. Die Frist nach § 218 StGB wird dagegen nach dem Zeitpunkt der Empfängnis berechnet. Im Hinblick auf die Frage, wie viele der Hilfeempfangenden aus Anlass einer Schwangerschaftskonfliktberatung eine Beratungsstelle aufgesucht haben, liefert die Statistik daher nur Näherungswerte, zumal auch nicht jede Hilfeempfangende, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen einen Hilfeantrag stellte, die Beratungsstelle aus diesem Grund aufgesucht haben wird.

durch die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung**: 2017 wurden in größerem Anteil niedrigere Bewilligungssummen vergeben. Einen Anstieg gegenüber 2016 gab es im Bundesdurchschnitt nur bei den Bewilligungsbeträgen bis 300 Euro um 2 Prozentpunkte auf 17 % und bei den Bewilligungen von Beträgen bis 600 Euro um einen Prozentpunkt auf 52 %. In beiden Fällen war das der höchste Wert in den letzten zehn Jahren, während der Anteil der Bewilligungen von Beträgen zwischen 1.000 und 1.500 Euro 2017 um 3 Prozentpunkte gesunken war und bei den übrigen Beträgen unverändert blieb (Tabelle 10).

Noch deutlicher wird es, wenn man bzgl. der Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung die Daten aus den Ländern heranzieht (Tabelle 30) und dies mit der Entwicklung aus dem Vorjahr⁴ vergleicht. 2017 wurden in 2 Ländern am häufigsten Beträge bis 300 Euro bewilligt, und zwar zu 55 % in Baden-Württemberg bzw. zu 70 % in Bremen. 2016 war das nur in Bremen der Fall (69 %). In 2017 erhielten in 10 Ländern die meisten Hilfeempfängerinnen bei der Erstbewilligung eine Summe über 300 und bis 600 Euro. In 9 Ländern betrug dieser Anteil zwischen 60 % und 85 %, davon in 3 Ländern über 70 % (Sachsen-Anhalt 75 %, Hamburg 77 %, Berlin 85 %). 2016 gab es 11 Länder, die bei der Erstbewilligung eine Summe über 300 und bis 600 Euro gewährten, aber der Anteil solcher Bewilligungsbeträge betrug dort nur zwischen 42 % und 76 %. Es gab 2017 also eine deutliche Verschiebung hin zu geringeren Bewilligungssummen.

⁴ Siehe Sozialdatenbericht 2016, Tabelle 30; <https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/fachinformation/> „Sozialdatenstatistik“.

III. Deutschland – Daten 2017

Endgültige Geburtenzahl: 792 141⁵ (2014: 737 575)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

| | Antragstellerinnen | Hilfeempfängerinnen |
|-----------------------|--------------------|---------------------|
| 2008 | 156 458 (100 %) | 145 119 (93 %) |
| Veränderung 2007/2008 | - 2,5 % | - 1,7 % |
| 2009 | 158 215 (100 %) | 145 273 (92 %) |
| Veränderung 2008/2009 | + 1,1 % | + 0,1 % |
| 2010 | 156 536 (100 %) | 144 958 (93 %) |
| Veränderung 2009/2010 | - 1 % | - 0,2 % |
| 2011 | 144 504 (100 %) | 132 359 (92 %) |
| Veränderung 2010/2011 | - 7,7 % | - 8,7 % |
| 2012 | 143 246 (100 %) | 130 464 (91 %) |
| Veränderung 2011/2012 | - 0,9 % | - 1,4 % |
| 2013 | 144 775 (100 %) | 132 639 (92 %) |
| Veränderung 2012/2013 | + 1,1 % | + 1,7 % |
| 2014 | 145 015 (100 %) | 132 049 (91 %) |
| Veränderung 2013/2014 | + 0,2 % | - 0,4 % |
| 2015 | 151 313 (100 %) | 136 938 (90 %) |
| Veränderung 2014/2015 | + 4,3 % | + 3,7 % |
| 2016 | 172 477 (100 %) | 156 682 (91 %) |
| Veränderung 2015/2016 | 14,0 % | 14,4 % |
| 2017 | 166 462 (100 %) | 152 652 (92 %) |
| Veränderung 2016/2017 | - 3,5 % | - 2,6 % |

⁵ Siehe Fußnote 1.

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

| Alter der Hilfeempfängerin | bis 17 Jahre | ab 18 Jahre |
|----------------------------|--------------|----------------|
| 2008 | 4 478 (3 %) | 140 510 (97 %) |
| 2009 | 4 038 (3 %) | 141 235 (97 %) |
| 2010 | 3 879 (3 %) | 141 079 (97 %) |
| 2011 | 3 383 (3 %) | 128 976 (97 %) |
| 2012 | 3 357 (3 %) | 127 107 (97 %) |
| 2013 | 3 693 (3 %) | 128 946 (97 %) |
| 2014 | 3 338 (3 %) | 128 711 (97 %) |
| 2015 | 3 339 (2 %) | 133 599 (98 %) |
| 2016 | 3 643 (2 %) | 153 039 (98 %) |
| 2017 | 3 117 (2 %) | 149 535 (98 %) |

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland

| Status der HiE | Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit | Leistungen nach SGB III | Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung | Leistungen nach SGB II und XII | Leistungen nach AsylbLG ⁶ | Sonstige Sozialleistungen | Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen |
|----------------|--|-------------------------|---|--------------------------------|--------------------------------------|---------------------------|---|
| 2008 | 35 264 (24 %) | 7 252 (5 %) | 6 281 (4 %) | 71 517 (49 %) | 2 141 (1 %) | 3 790 (3 %) | 18 874 (13 %) |
| 2009 | 35 647 (25 %) | 7 303 (5 %) | 6 686 (5 %) | 70 610 (49 %) | 2 081 (1 %) | 4 030 (3 %) | 18 916 (13 %) |
| 2010 | 35 495 (24 %) | 6 835 (5 %) | 6 755 (5 %) | 70 813 (49 %) | 2 179 (2 %) | 4 335 (3 %) | 18 546 (13 %) |
| 2011 | 33 397 (25 %) | 5 883 (4 %) | 6 299 (5 %) | 63 423 (48 %) | 2 558 (2 %) | 3 935 (3 %) | 16 864 (13 %) |
| 2012 | 34 113 (26 %) | 5 721 (4 %) | 6 029 (5 %) | 61 410 (47 %) | 2 850 (2 %) | 4 587 (4 %) | 15 754 (12 %) |
| 2013 | 33 595 (25 %) | 5 650 (4 %) | 5 633 (4 %) | 62 161 (47 %) | 3 836 (3 %) | 4 448 (3 %) | 17 316 (13 %) |
| 2014 | 31 464 (24 %) | 5 063 (4 %) | 5 486 (4 %) | 62 770 (48 %) | 6 684 (5 %) | 4 615 (3 %) | 15 967 (12 %) |
| 2015 | 31 034 (23 %) | 3 977 (3 %) | 4 598 (3 %) | 64 100 (47 %) | 13 009 (9 %) | 6 314 (5 %) | 13 906 (10 %) |
| 2016 | 31 493 (20 %) | 3 830 (2 %) | 3 511 (2 %) | 69 929 (45 %) | 26 239 (17 %) | 6 562 (4 %) | 15 118 (10 %) |
| 2017 | 30 899 (20 %) | 3 496 (2 %) | 3 012 (2 %) | 79 202 (52 %) | 14 483 (10 %) | 6 476 (4 %) | 15 084 (10 %) |

⁶ Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

| Staatsangehörigkeit | Deutsche | Ausländerinnen |
|---------------------|----------------|----------------|
| 2008 | 107 436 (74 %) | 37 683 (26 %) |
| 2009 | 107 048 (74 %) | 38 225 (26 %) |
| 2010 | 105 686 (73 %) | 39 270 (27 %) |
| 2011 | 95 539 (72 %) | 36 820 (28 %) |
| 2012 | 93 785 (72 %) | 36 682 (28 %) |
| 2013 | 92 026 (69 %) | 40 613 (31 %) |
| 2014 | 86 768 (66 %) | 45 281 (34 %) |
| 2015 | 81 064 (59 %) | 55 874 (41 %) |
| 2016 | 76 991 (49 %) | 79 691 (51 %) |
| 2017 | 71 555 (47 %) | 81 097 (53 %) |

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

| Schwangerschaftswoche | 1. bis 12. Woche | 13. bis 20. Woche | Nach der 20. Woche |
|-----------------------|------------------|-------------------|--------------------|
| 2008 | 11 441 (8 %) | 44 424 (31 %) | 89 254 (62 %) |
| 2009 | 10 949 (7 %) | 44 690 (31 %) | 89 634 (62 %) |
| 2010 | 10 886 (8 %) | 45 381 (31 %) | 88 691 (61 %) |
| 2011 | 9 535 (7 %) | 41 376 (31 %) | 81 448 (62 %) |
| 2012 | 9 135 (7 %) | 40 554 (31 %) | 80 775 (62 %) |
| 2013 | 8 759 (7 %) | 40 861 (31 %) | 83 019 (62 %) |
| 2014 | 7 916 (6 %) | 40 051 (30 %) | 84 082 (64 %) |
| 2015 | 7 802 (6 %) | 42 103 (31 %) | 87 033 (63 %) |
| 2016 | 8 165 (5 %) | 43 579 (28 %) | 104 938 (67 %) |
| 2017 | 6 286 (4 %) | 42 813 (28 %) | 103 553 (68 %) |

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

| Lebensform der Hilfeempfängerin | In ehelicher Gemeinschaft lebend | Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend) | In eheähnlicher Gemeinschaft lebend |
|---------------------------------|----------------------------------|---|-------------------------------------|
| 2008 | 59 395 (41 %) | 54 864 (38 %) | 30 862 (21 %) |
| 2009 | 60 083 (41 %) | 52 930 (37 %) | 32 260 (22 %) |
| 2010 | 59 033 (41 %) | 54 602 (38 %) | 31 323 (22 %) |
| 2011 | 52 603 (40 %) | 50 664 (38 %) | 29 092 (22 %) |
| 2012 | 51 351 (39 %) | 50 541 (39 %) | 28 572 (22 %) |
| 2013 | 52 253 (39 %) | 51 710 (39 %) | 28 676 (22 %) |
| 2014 | 52 938 (40 %) | 50 508 (38 %) | 28 603 (22 %) |
| 2015 | 59 373 (43 %) | 50 678 (37 %) | 26 887 (20 %) |
| 2016 | 78 128 (50 %) | 52 130 (33 %) | 26 424 (17 %) |
| 2017 | 76 858 (50 %) | 51 337 (34 %) | 24 457 (16 %) |

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

| Anzahl | Schwangerschaftsberatungsstellen | Freie Trägerschaft | Staatlich / kommunale Trägerschaft |
|-----------------------|----------------------------------|--------------------|------------------------------------|
| 2008 | 1 275 | 1 018 | 257 |
| Veränderung 2007/2008 | - 0,3 % | + 0,5 % | - 3,4 % |
| 2009 | 1 276 | 1 026 | 250 |
| Veränderung 2008/2009 | + 0,1 % | + 0,8 % | - 2,7 % |
| 2010 | 1 284 | 1 033 | 251 |
| Veränderung 2009/2010 | + 0,6 % | + 0,7 % | + 0,4 % |
| 2011 | 1 273 | 1 027 | 246 |
| Veränderung 2010/2011 | - 0,9 % | - 0,6 % | - 2,0 % |
| 2012 | 1 255 | 1 025 | 230 |
| Veränderung 2011/2012 | - 1,4 % | - 0,2 % | - 6,5 % |
| 2013 | 1 258 | 1 029 | 229 |
| Veränderung 2012/2013 | + 0,2 % | + 0,4 % | - 0,4 % |
| 2014 | 1 246 | 1 024 | 222 |
| Veränderung 2013/2014 | - 1,0 % | + 0,5 % | - 3,1 % |
| 2015 | 1 265 | 1 043 | 222 |
| Veränderung 2014/2015 | + 1,5 % | + 1,9 % | +/- 0 % |
| 2016 | 1 254 | 1 026 | 228 |
| Veränderung 2015/2016 | - 0,9 % | - 1,6 % | + 2,7 % |
| 2017 | 1 265 | 1 044 | 221 |
| Veränderung 2016/2017 | + 0,9 % | + 1,8 % | - 3,1 % |

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

| Durchschnittsbetrag | Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich |
|-----------------------|--|
| 2008 | 629 Euro |
| Veränderung 2007/2008 | + 23 Euro |
| 2009 | 649 Euro |
| Veränderung 2008/2009 | + 20 Euro |
| 2010 | 651 Euro |
| Veränderung 2009/2010 | + 2 Euro |
| 2011 | 682 Euro |
| Veränderung 2010/2011 | + 31 Euro |
| 2012 | 695 Euro |
| Veränderung 2011/2012 | + 13 Euro |
| 2013 | 692 Euro |
| Veränderung 2012/2013 | - 3 Euro |
| 2014 | 694 Euro |
| Veränderung 2013/2014 | + 2 Euro |
| 2015 | 669 Euro |
| Veränderung 2014/2015 | - 25 Euro |
| 2016 | 634 Euro |
| Veränderung 2015/2016 | - 35 Euro |
| 2017 | 623 Euro |
| Veränderung 2016/2017 | - 11 Euro |

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2017

| Anzahl der Erstbewilligungen | bis 300 € | bis 600 € | bis 1.000 € | bis 1.500 € | über 1.500 € |
|------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|----------------|
| 2008 | 16 112 (11 %) | 69 878 (48%) | 40 541 (28%) | 16 834 (12%) | 1 752 (1 %) |
| 2009 | 14 543 (10 %) | 64 475 (44 %) | 45 933 (32 %) | 18 350 (13 %) | 1 836 (1 %) |
| 2010 | 13 667 (9 %) | 65 610 (45 %) | 46 816 (32 %) | 17 351 (12 %) | 1 513 (1 %) |
| 2011 | 12 720 (10 %) | 58 357 (44 %) | 43 694 (33 %) | 16 065 (12 %) | 1 523 (1 %) |
| 2012 | 11 143 (9 %) | 58 110 (45 %) | 42 134 (32 %) | 17 422 (13 %) | 1 655 (1 %) |
| 2013 | 11 735 (9 %) | 59 732 (45 %) | 41 814 (32 %) | 17 639 (13 %) | 1 719 (1 %) |
| 2014 | 11 993 (9 %) | 61 595 (47 %) | 41 525 (31 %) | 15 042 (11 %) | 1 894 (1 %) |
| 2015 | 14 327 (10 %) | 66 551 (49 %) | 41 850 (31 %) | 9 676 (7 %) | 4 534 (3 %) |
| 2016 | 23 550 (15 %) | 80 473 (51 %) | 35 877 (23 %) | 14 950 (10 %) | 1 832 (1 %) |
| 2017 | 25 700 (17 %) | 79 195 (52 %) | 35 877 (23 %) | 9 984 (7 %) | 1 896 (1 %) |

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Auch im Berichtsjahr 2017 zeigten sich wieder zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

Obgleich 2017 im Bundesdurchschnitt ein Rückgang der **Zahl der Hilfeempfängerinnen** zu verzeichnen war, traf dies nicht für alle Bundesländer zu. In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Saarland und Bremen stiegen die Zahlen der bewilligten Anträge zwischen 2,4 % und 5,6 % an. Dies ging in 4 der Länder mit einem Anstieg der Antragszahlen einher. In Sachsen dagegen gab es einen Anstieg der Bewilligungen um 3,4 % trotz einem Rückgang der Antragszahlen um 7,7 %. Prozentual den stärksten Rückgang der Bewilligungen gab es in Brandenburg mit 11,9 % und Berlin mit 9,2 % (Tabelle 15).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** konnten im Jahr 2017 Bayern und das Saarland mit 96 % verzeichnen. Dabei fiel die Bewilligungsquote in Bayern um einen Prozentpunkt. Die niedrigsten Bewilligungsquoten gab es in Berlin mit 87 %, gefolgt von Brandenburg mit 89 %. In allen anderen Ländern betrug sie zwischen 90 und 96 % (Tabellen 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag 2017 wie im Vorjahr im Durchschnitt bei 98 %. In den Ländern reicht die Spanne wieder von 96 bis 99 %. Für Mädchen unter 14 Jahren gab es wie in den Vorjahren nur ganz vereinzelt Bewilligungen (Tabellen 2 und 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) veränderte sich in den meisten Bundesländern nicht wesentlich. Wie stets waren aber Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 3 und 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, war im Bundesdurchschnitt deutlich um 7 Prozentpunkte auf 52 % gestiegen. Anders als im Vorjahr waren in allen Bundesländern die Anteile der Hilfeempfängerinnen mit SGB II und SGB XII-Leistungen gestiegen und zwar zwischen 2 und 9 Prozentpunkten. Und die Anstiege waren überwiegend hoch: allein um 8 bzw. 9 Prozentpunkte betrug sie in der Hälfte der Bundesländer. Einen Anstieg um weniger als 5 Prozentpunkte gab es nur in 3 Ländern. Damit war in 2017 der Anteil dieser Gruppe in allen Ländern am höchsten; er betrug zwischen 42 % (Baden-Württemberg) und 69 % (Saarland). Rund 50 % betrug er in 8 Ländern, über 60 % in 5 (Tabelle 20).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, betrug bundesweit in 2017 wie schon im Vorjahr 20 %. Etwa in diesem Bereich bewegte er sich bei den meisten Ländern. In Baden-Württemberg und Thüringen lag er jedoch mit je 41 % deutlich höher und war dort nahezu genauso hoch wie der Anteil der Hilfeempfängerinnen mit SGB II und SGB XII-Leistungen (42 bzw. 43 %). Insgesamt ist in 2017 Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit in 14 Bundesländern die zweithäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen gewesen (Tabelle 17).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** betrug im Bundesdurchschnitt unverändert 10 % und war damit der vierthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. In den Ländern dagegen belegte er im Saarland den zweiten Platz mit 12 % und teilte sich diesen in 3 Ländern mit einem anderen Tatbestand: in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit (mit 19 bzw. 15 %) und in Bremen mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (jeweils 11 %). In 6 weiteren Ländern stellte er die dritthäufigste Haupteinkommensart dar (zwischen 8 und 14 %; Tabelle 23).

Während 2016 beim Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, ein deutlicher Anstieg auf 17 % im Bundesdurchschnitt zu verzeichnen war, ging er 2017 auf 10 % zurück. Entsprechend war in allen Bundesländern ein Rückgang zu verzeichnen, darunter in 12 Ländern um 5 Prozentpunkte und mehr. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz war der Rückgang mit jeweils 10 Prozentpunkten am höchsten. Dennoch stellte er mit 14 % in Baden-Württemberg, mit 11 % in Berlin und mit 6 % in Thüringen die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen (Tabelle 21).

Im Bundesdurchschnitt betrug der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** erhielten, wie im Vorjahr 4 %. Nach Ländern betrachtet, blieb er in 9 gleich, in 4 Ländern war er gefallen und ein Plus gab es nur in 3 Ländern. Die Veränderungen betrug einen bis 3

Prozentpunkte. Am höchsten fiel er in Niedersachsen aus mit 13 % und stellte dort sowie in Bayern mit 12 % sogar die dritthäufigste Haupteinkommensart (Tabelle 22).

Der Anteil der Bezieherinnen von **BAFöG und Ausbildungsvergütungen** unter den Hilfeempfangenerinnen im Bundesdurchschnitt lag ebenfalls unverändert bei 2 %. Nach Bundesländern betrachtet bleibt er in 8 Ländern gleich und fiel in 7 Ländern um jeweils einen Prozentpunkt und nur in Rheinland-Pfalz war er gestiegen, jedoch auch nur um einen Prozentpunkt. Mit Werten von 1 bis 3 % in 14 Ländern lag er durchgehend niedrig. Höhere Werte gab es nur in Rheinland-Pfalz mit 4 % und in Sachsen-Anhalt mit 8 %. In letztgenanntem Land war dieser Bezug damit auch die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfangenerinnen (Tabelle 19).

Anders als im Vorjahr war in 2017 der Anteil der Hilfeempfangenerinnen, die **Leistungen nach dem SGB III** bezogen, nicht überall unverändert oder rückläufig gewesen. In 3 Bundesländern war er um einen Prozentpunkt gestiegen, in 4 um den gleichen Wert gefallen. Mit Werten zwischen 0 und 3 % und einem Bundesdurchschnitt von 2 % lag er niedrig und war dennoch in 11 Bundesländern nicht die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 18).

In 2017 stieg der prozentuale Anteil der **ausländischen Hilfeempfangenerinnen** im Bundesdurchschnitt um weitere 2 Prozentpunkte auf 53 %, nachdem es in den Vorjahren hohe Anstiege um 7 bzw. 10 Prozentpunkte gegeben hatte. Zwar ging in keinem Bundesland der Anteil zurück. Er blieb aber in 3 Ländern gleich und stieg in 9 Ländern nur zwischen einem und 3 Prozentpunkten an. Die höchsten Zuwächse gab es noch in Sachsen-Anhalt mit 5 Prozentpunkten, Thüringen und dem Saarland mit jeweils 6 Prozentpunkten und Bayern mit 7 Prozentpunkten⁷. In 9 Bundesländern war er höher als der Anteil der Hilfeempfangenerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit, am höchsten in Baden-Württemberg mit 65 %. In den übrigen 7 Bundesländern, darunter alle Flächenländer im Osten sowie Niedersachsen und Schleswig-Holstein, war der Anteil der Hilfeempfangenerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit höher, am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern mit 75 %, wo entsprechend der Anteil der Hilfeempfangenerinnen mit anderer Staatsangehörigkeit mit 25 % am niedrigsten war (Tabelle 24).

Auch im Berichtsjahr 2017 wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, im Bundesdurchschnitt zu 68 %. Am seltensten kam das mit 51 % im Saarland vor. In den übrigen Ländern zu mindestens 60 % und mehr, mit Abstand am häufigsten in Thüringen und in Bremen mit 90 bzw. 91 %. Wie in den Vorjahren waren die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ im Saarland und in Sachsen am geringsten. Im Saarland stellten 37 % der Hilfeempfangenerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 51 % erst danach. In Sachsen betrug der Anteil der

⁷ Siehe Sozialdatenbericht 2016, Tabelle 24; <https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/fachinformation/> „Sozialdatenstatistik“.

Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 36 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 56 % der Anträge gestellt (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestanden nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den westlichen Bundesländern und Berlin machten in fast allen Ländern die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (zwischen 48 % und 59 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen war zu meist der geringste (zwischen 10 % und 19 %). Nur im Saarland als einzigem westlichen Bundesland wurden mit 59 % die meisten Bewilligungen alleinlebenden Hilfeempfängerinnen gewährt. Thüringen war das einzige östliche Bundesland, in dem die in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen die größte Gruppe ausmachen, allerdings waren es nur 38 %. Mit 33 % alleinlebenden Hilfeempfängerinnen und 29 %, die in eheähnlicher Gemeinschaft lebten, war die Verteilung dort ziemlich gleichmäßig (Tabelle 26).

Im Bundesdurchschnitt ging 2017 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung** um 11 Euro und somit 1,7 % zurück. In den Ländern war das unterschiedlich. Einen prozentualen Rückgang des Durchschnittsbetrages gab es in 9 Ländern, den größten mit 21,1 % in Baden-Württemberg, gefolgt von Berlin mit 8,7 %, Schleswig-Holstein mit 7,1 % und Bayern mit 6,3 %. Im Übrigen waren die Rückgänge moderat. Der stärkste Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages war 2017 mit 12,1 % in Niedersachsen zu verzeichnen, gefolgt von Sachsen mit 10,5 % und Thüringen mit 4,5 %.

Erneut war Bremen das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag, der mit nur 374 Euro nochmals sank (2016 waren es 381 Euro und 2015 395 Euro). Den zweitniedrigsten Durchschnittsbetrag erhielten Hilfeempfängerinnen 2017 in Schleswig-Holstein mit 432 Euro, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 484 Euro. Lagen 2016 die Durchschnittswerte in 5 Ländern unter 500 Euro, war dies 2017 nur noch in 4 Ländern der Fall. Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2017 wieder in Bayern mit 1 039 Euro. Aber auch dieser ging um 70 Euro zurück. Es folgte mit weitem Abstand Thüringen mit 813 Euro und Rheinland-Pfalz mit 800 Euro. Insgesamt lag der Durchschnittsbetrag wie im Vorjahr in 6 Ländern über dem Bundesdurchschnitt und in 10 darunter (Tabelle 29).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2017 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet⁸. Bayern hat Eigenmittel von 2 219 936 Euro aufgebracht, 358 635 Euro mehr als 2016. Prozentual war das ein Anstieg um 19,3 %. In Thüringen gab es einen Anstieg um 6 263 Euro und damit um 40,6 % auf 21 675 Euro. In den anderen genannten Ländern verringerte sich der jeweilige Betrag um 16,6 bis 25,8 % (Tabelle 33).

⁸ Die zentrale Einrichtung in Berlin hat ihre Bewertung zu diesem Erhebungsmerkmal nach in Krafttreten der Legende zur Sozialdatenstatistik neu bewertet.

V. Länder – Daten 2017

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

| Antragstellerinnen | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|--------------------|-------------------|----------------|---------------|---------------|
| 2008 | 10 194 (100 %) | 13 443 (100 %) | 8 190 (100 %) | 7 794 (100 %) |
| 2009 | 11 634 (100 %) | 13 099 (100 %) | 8 721 (100 %) | 7 396 (100 %) |
| 2010 | 11 285 (100 %) | 13 971 (100 %) | 8 919 (100 %) | 7 274 (100 %) |
| 2011 | 11 108 (100 %) | 10 890 (100 %) | 8 744 (100 %) | 6 810 (100 %) |
| 2012 | 10 943 (100 %) | 12 485 (100 %) | 8 563 (100 %) | 6 495 (100 %) |
| 2013 | 11 139 (100 %) | 12 724 (100 %) | 8 679 (100 %) | 6 320 (100 %) |
| 2014 | 10 815 (100 %) | 11 860 (100 %) | 8 632 (100 %) | 6 031 (100 %) |
| 2015 | 15 021 (100 %) | 10 555 (100 %) | 8 580 (100 %) | 5 469 (100 %) |
| 2016 | 17 178 (100 %) | 16 741 (100 %) | 9 615 (100 %) | 5 790 (100 %) |
| 2017 | 16 285 (100 %) | 16 402 (100 %) | 8 895 (100 %) | 5 212 (100 %) |

| Antragstellerinnen | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|--------------------|---------------|---------------|----------------|------------------------|
| 2008 | 2 190 (100 %) | 4 558 (100 %) | 10 315 (100 %) | 6 120 (100 %) |
| 2009 | 2 332 (100 %) | 4 697 (100 %) | 10 487 (100 %) | 5 835 (100 %) |
| 2010 | 2 074 (100 %) | 4 687 (100 %) | 10 331 (100 %) | 5 703 (100 %) |
| 2011 | 2 021 (100 %) | 4 568 (100 %) | 9 693 (100 %) | 5 250 (100 %) |
| 2012 | 2 068 (100 %) | 4 603 (100 %) | 9 359 (100 %) | 5 028 (100 %) |
| 2013 | 2 065 (100 %) | 4 787 (100 %) | 9 553 (100 %) | 4 716 (100 %) |
| 2014 | 2 124 (100 %) | 4 777 (100 %) | 10 026 (100 %) | 4 565 (100 %) |
| 2015 | 2 463 (100 %) | 5 234 (100 %) | 10 477 (100 %) | 4 269 (100 %) |
| 2016 | 2 543 (100 %) | 5 595 (100 %) | 12 027 (100 %) | 4 380 (100 %) |
| 2017 | 2 673 (100 %) | 5 323 (100 %) | 11 570 (100 %) | 4 035 (100 %) |

| Antragstellerinnen | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|--------------------|----------------|---------------------|-----------------|---------------|
| 2008 | 17 855 (100 %) | 36 682 (100 %) | 5 721 (100 %) | 1 746 (100 %) |
| 2009 | 17 942 (100 %) | 38 513 (100 %) | 5 878 (100 %) | 1 856 (100 %) |
| 2010 | 17 797 (100 %) | 37 887 (100 %) | 5 718 (100 %) | 1 755 (100 %) |
| 2011 | 16 464 (100 %) | 35 613 (100 %) | 5 121 (100 %) | 1 550 (100 %) |
| 2012 | 15 749 (100 %) | 35 830 (100 %) | 5 280 (100 %) | 1 521 (100 %) |
| 2013 | 16 099 (100 %) | 36 627 (100 %) | 5 410 (100 %) | 1 478 (100 %) |
| 2014 | 16 588 (100 %) | 38 449 (100 %) | 5 373 (100 %) | 1 623 (100 %) |
| 2015 | 17 063 (100 %) | 41 161 (100 %) | 5 444 (100 %) | 1 735 (100 %) |
| 2016 | 19 100 (100 %) | 44 934 (100 %) | 6 340 (100 %) | 2 104 (100 %) |
| 2017 | 17 627 (100 %) | 45 259 (100 %) | 6 159 (100 %) | 2 202 (100 %) |

| Antragstellerinnen | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|--------------------|----------------|----------------|--------------------|---------------|
| 2008 | 10 785 (100 %) | 7 477 (100 %) | 6 769 (100 %) | 5 919 (100 %) |
| 2009 | 10 440 (100 %) | 7 209 (100 %) | 6 766 (100 %) | 5 410 (100 %) |
| 2010 | 9 867 (100 %) | 6 747 (100 %) | 6 835 (100 %) | 5 686 (100 %) |
| 2011 | 8 855 (100 %) | 6 191 (100 %) | 6 399 (100 %) | 5 227 (100 %) |
| 2012 | 8 319 (100 %) | 5 946 (100 %) | 6 358 (100 %) | 4 699 (100 %) |
| 2013 | 8 174 (100 %) | 5 892 (100 %) | 6 488 (100 %) | 4 624 (100 %) |
| 2014 | 7 824 (100 %) | 5 561 (100 %) | 6 495 (100 %) | 4 272 (100 %) |
| 2015 | 7 735 (100 %) | 5 251 (100 %) | 6 872 (100 %) | 3 984 (100 %) |
| 2016 | 8 261 (100 %) | 5 773 (100 %) | 7 763 (100 %) | 4 333 (100 %) |
| 2017 | 7 622 (100 %) | 5 358 (100 %) | 7 832 (100 %) | 4 008 (100 %) |

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

| Hilfeempfängerinnen | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|---------------------|-------------------|---------------|--------------|---------------|
| 2008 | 10 180 (93 %) | 13 179 (98 %) | 7 522 (92 %) | 7 616 (98 %) |
| 2009 | 10 737 (92 %) | 12 842 (98 %) | 7 915 (91 %) | 7 205 (97 %) |
| 2010 | 10 915 (97 %) | 13 564 (97 %) | 8 101 (91 %) | 7 053 (97 %) |
| 2011 | 10 397 (94 %) | 10 573 (97 %) | 7 777 (89 %) | 6 604 (97 %) |
| 2012 | 10 048 (92 %) | 12 110 (97 %) | 7 519 (88 %) | 6 141 (95 %) |
| 2013 | 10 474 (94 %) | 12 325 (97 %) | 7 767 (89 %) | 6 292 (100 %) |
| 2014 | 10 084 (93 %) | 11 627 (98 %) | 7 837 (91 %) | 5 760 (96 %) |
| 2015 | 13 539 (90 %) | 10 258 (97 %) | 7 832 (91 %) | 5 213 (95 %) |
| 2016 | 16 019 (93 %) | 16 215 (97 %) | 8 552 (89 %) | 5 271 (91 %) |
| 2017 | 15 243 (94 %) | 15 805 (96 %) | 7 765 (87 %) | 4 642 (89 %) |

| Hilfeempfängerinnen | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|---------------------|--------------|--------------|---------------|------------------------|
| 2008 | 2 056 (94 %) | 4 338 (95 %) | 9 569 (93 %) | 5 753 (94 %) |
| 2009 | 2 192 (94 %) | 4 459 (95 %) | 9 698 (92 %) | 5 467 (94 %) |
| 2010 | 1 971 (95 %) | 4 457 (95 %) | 9 632 (93 %) | 5 382 (94 %) |
| 2011 | 1 904 (94 %) | 4 312 (94 %) | 8 948 (92 %) | 4 907 (94 %) |
| 2012 | 1 945 (94 %) | 4 334 (94 %) | 8 628 (92 %) | 4 619 (92 %) |
| 2013 | 1 928 (93 %) | 4 544 (95 %) | 8 873 (93 %) | 4 362 (93 %) |
| 2014 | 2 000 (94 %) | 4 486 (94 %) | 9 419 (94 %) | 4 215 (92 %) |
| 2015 | 2 313 (94 %) | 4 882 (93 %) | 9 598 (92 %) | 3 902 (91 %) |
| 2016 | 2 398 (94 %) | 5 199 (93 %) | 11 140 (93 %) | 3 952 (90 %) |
| 2017 | 2 533 (95 %) | 4 982 (94 %) | 10 911 (94 %) | 3 658 (91 %) |

| Hilfeempfängerinnen | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|---------------------|---------------|---------------------|-----------------|--------------|
| 2008 | 16 370 (92 %) | 32 396 (88 %) | 5 091 (89 %) | 1 702 (97 %) |
| 2009 | 16 536 (91 %) | 33 539 (87 %) | 5 379 (92 %) | 1 784 (96 %) |
| 2010 | 16 475 (93 %) | 33 367 (88 %) | 5 126 (90 %) | 1 710 (97 %) |
| 2011 | 14 970 (91 %) | 31 083 (87 %) | 4 582 (89 %) | 1 500 (97 %) |
| 2012 | 14 504 (92 %) | 31 432 (88 %) | 4 625 (88 %) | 1 477 (97 %) |
| 2013 | 14 647 (91 %) | 32 160 (88 %) | 4 704 (87 %) | 1 428 (97 %) |
| 2014 | 15 022 (91 %) | 33 376 (87 %) | 4 749 (88 %) | 1 534 (95 %) |
| 2015 | 15 442 (90 %) | 35 949 (87 %) | 4 799 (88 %) | 1 654 (96 %) |
| 2016 | 17 321 (91 %) | 39 656 (88 %) | 5 855 (92 %) | 2 021 (96 %) |
| 2017 | 15 994 (91 %) | 40 593 (90 %) | 5 578 (91 %) | 2 119 (96 %) |

| Hilfeempfängerinnen | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|---------------------|----------------|----------------|--------------------|--------------|
| 2008 | 10 769 (100 %) | 6 998 (94 %) | 6 095 (90 %) | 5 485 (93 %) |
| 2009 | 9 556 (92 %) | 6 732 (93 %) | 6 149 (91 %) | 5 083 (94 %) |
| 2010 | 9 289 (94 %) | 6 258 (93 %) | 6 296 (92 %) | 5 362 (94 %) |
| 2011 | 8 310 (94 %) | 5 788 (93 %) | 5 881 (92 %) | 4 823 (92 %) |
| 2012 | 7 371 (89 %) | 5 484 (92 %) | 5 913 (93 %) | 4 314 (92 %) |
| 2013 | 7 359 (90 %) | 5 440 (92 %) | 6 075 (94 %) | 4 261 (92 %) |
| 2014 | 6 910 (88 %) | 5 166 (93 %) | 6 040 (93 %) | 3 824 (90 %) |
| 2015 | 6 854 (89 %) | 4 869 (92 %) | 6 180 (90 %) | 3 654 (92 %) |
| 2016 | 6 890 (83 %) | 5 304 (92 %) | 6 999 (90 %) | 3 890 (90 %) |
| 2017 | 7 127 (94 %) | 4 884 (91 %) | 7 210 (92 %) | 3 608 (90 %) |

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

| Alter | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|--------------|-------------------|---------------|--------------|--------------|
| bis 17 Jahre | 278 (2 %) | 400 (3 %) | 129 (2 %) | 64 (1 %) |
| ab 18 Jahre | 14 965 (98 %) | 15 405 (97 %) | 7 636 (98 %) | 4 578 (99 %) |

| Alter | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|--------------|--------------|--------------|---------------|------------------------|
| bis 17 Jahre | 44 (2 %) | 89 (2 %) | 142 (1 %) | 116 (3 %) |
| ab 18 Jahre | 2 489 (98 %) | 4 893 (98 %) | 10 769 (99 %) | 3 542 (97 %) |

| Alter | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|--------------|---------------|---------------------|-----------------|--------------|
| bis 17 Jahre | 349 (2 %) | 679 (2 %) | 118 (2 %) | 51 (2 %) |
| ab 18 Jahre | 15 645 (98 %) | 39 914 (98 %) | 5 460 (98 %) | 2 068 (98 %) |

| Alter | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|--------------|--------------|----------------|--------------------|--------------|
| bis 17 Jahre | 245 (3 %) | 204 (4 %) | 96 (1 %) | 113 (3 %) |
| ab 18 Jahre | 6 882 (97 %) | 4 680 (96 %) | 7 114 (99 %) | 3 495 (97 %) |

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

| HiE mit Arbeits-einkommen | Baden-Würt-temberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|---------------------------|--------------------|--------------|--------------|--------------|
| 2008 | 3 720 (37 %) | 6 625 (50 %) | 1 935 (26 %) | 2 113 (28 %) |
| 2009 | 3 847 (36 %) | 5 900 (46 %) | 1 991 (25 %) | 2 048 (28 %) |
| 2010 | 3 368 (31 %) | 6 013 (44 %) | 1 846 (23 %) | 2 196 (31 %) |
| 2011 | 3 826 (37 %) | 4 905 (46 %) | 1 616 (21 %) | 2 191 (33 %) |
| 2012 | 3 284 (33 %) | 6 556 (54 %) | 1 750 (23 %) | 2 134 (35 %) |
| 2013 | 2 917 (28 %) | 6 026 (49 %) | 1 940 (25 %) | 2 109 (34 %) |
| 2014 | 2 953 (29 %) | 4 993 (43 %) | 2 040 (26 %) | 1 843 (32 %) |
| 2015 | 6 281 (46 %) | 2 407 (23 %) | 1 836 (23 %) | 1 652 (32 %) |
| 2016 | 5 384 (34 %) | 4 058 (25 %) | 1 895 (22 %) | 1 332 (25 %) |
| 2017 | 6 274 (41 %) | 3 088 (20 %) | 1 615 (21 %) | 1 186 (26 %) |

| HiE mit Arbeits-einkommen | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklen-burg-Vor-pommern |
|---------------------------|------------|--------------|--------------|--------------------------|
| 2008 | 327 (16 %) | 842 (19 %) | 2 354 (25 %) | 1 383 (24 %) |
| 2009 | 264 (12 %) | 898 (20 %) | 2 203 (23 %) | 1 456 (27 %) |
| 2010 | 253 (13 %) | 1 010 (23 %) | 2 060 (22 %) | 1 423 (26 %) |
| 2011 | 287 (15 %) | 1 002 (23 %) | 2 055 (23 %) | 1 364 (28 %) |
| 2012 | 304 (16 %) | 988 (23 %) | 1 858 (22 %) | 1 308 (28 %) |
| 2013 | 262 (14 %) | 1 054 (23 %) | 1 803 (20 %) | 1 244 (28 %) |
| 2014 | 235 (12 %) | 934 (21 %) | 1 759 (19 %) | 1 191 (28 %) |
| 2015 | 242 (10 %) | 1 031 (21 %) | 1 700 (18 %) | 925 (24 %) |
| 2016 | 195 (8 %) | 965 (19 %) | 1 729 (15 %) | 903 (23 %) |
| 2017 | 218 (8 %) | 962 (19 %) | 1 614 (15 %) | 861 (24 %) |

| HiE mit Arbeits-einkommen | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|---------------------------|---------------|---------------------|-----------------|------------|
| 2008 | 2 400 (15 %) | 5 401 (17 %) | 1 183 (23 %) | 282 (17 %) |
| 2009 | 2 603 (16 %) | 5 705 (17 %) | 1 323 (25 %) | 274 (15 %) |
| 2010 | 2 511 (15 %) | 5 776 (17 %) | 1 569 (31 %) | 271 (16 %) |
| 2011 | 2 358 (16 %) | 5 733 (18 %) | 1 099 (24 %) | 243 (16 %) |
| 2012 | 2 253 (16 %) | 5 885 (19 %) | 1 191 (26 %) | 275 (19 %) |
| 2013 | 2 430 (17 %) | 5 882 (18 %) | 1 160 (25 %) | 267 (20 %) |
| 2014 | 2 325 (15 %) | 5 795 (17 %) | 1 135 (24 %) | 257 (17 %) |
| 2015 | 2 233 (14 %) | 5 679 (16 %) | 1 048 (22 %) | 226 (13 %) |
| 2016 | 2 291 (13 %) | 5 727 (14 %) | 1 077 (18 %) | 243 (12 %) |
| 2017 | 2 166 (14 %) | 5 992 (15 %) | 1 059 (19 %) | 234 (11 %) |

| HiE mit Arbeitsein-kommen | Sachsen | Sachsen-An-halt | Schleswig-Hol-stein | Thüringen |
|---------------------------|--------------|-----------------|---------------------|--------------|
| 2008 | 1 561 (14 %) | 1 090 (16 %) | 1 653 (27 %) | 2 395 (44 %) |
| 2009 | 1 501 (16 %) | 1 467 (22 %) | 1 825 (30 %) | 2 342 (46 %) |
| 2010 | 1 434 (15 %) | 1 517 (24 %) | 1 876 (30 %) | 2 372 (44 %) |
| 2011 | 1 343 (16 %) | 1 370 (24 %) | 1 934 (33 %) | 2 071 (43 %) |
| 2012 | 1 220 (17 %) | 1 259 (23 %) | 1 988 (34 %) | 1 860 (43 %) |
| 2013 | 1 283 (17 %) | 1 350 (25 %) | 2 071 (34 %) | 1 797 (42 %) |
| 2014 | 1 189 (17 %) | 1 341 (26 %) | 1 957 (33 %) | 1 517 (40 %) |
| 2015 | 1 194 (17 %) | 1 116 (23 %) | 1 990 (32 %) | 1 474 (40 %) |
| 2016 | 1 140 (17 %) | 988 (19 %) | 1 850 (27 %) | 1 716 (44 %) |
| 2017 | 1 232 (17 %) | 883 (18 %) | 2 049 (28 %) | 1 466 (41 %) |

Tabelle 18: Hilfeempfangenerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern

| HiE mit SGB III | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|-----------------|-------------------|--------------|-----------|-------------|
| 2008 | 636 (6 %) | 1 427 (11 %) | 178 (2 %) | 303 (4 %) |
| 2009 | 646 (6 %) | 1 327 (10 %) | 207 (3 %) | 254 (4 %) |
| 2010 | 654 (6 %) | 1 192 (8 %) | 185 (2 %) | 265 (4 %) |
| 2011 | 641 (6 %) | 670 (6 %) | 197 (3 %) | 285 (4 %) |
| 2012 | 629 (6 %) | 779 (6 %) | 210 (3 %) | 255 (4 %) |
| 2013 | 602 (6 %) | 791 (6 %) | 173 (2 %) | 242 (4 %) |
| 2014 | 504 (5 %) | 531 (5 %) | 173 (2 %) | 201 (3 %) |
| 2015 | 84 (1 %) | 305 (3 %) | 126 (2 %) | 166 (3 %) |
| 2016 | 0 (0 %) | 492 (3 %) | 124 (1 %) | 149 (3 %) |
| 2017 | 13 (0 %) | 362 (2 %) | 73 (1 %) | 119 (3 %) |

| HiE mit SGB III | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|-----------------|----------|-----------|-----------|------------------------|
| 2008 | 48 (2 %) | 130 (3 %) | 793 (8 %) | 315 (5 %) |
| 2009 | 57 (3 %) | 233 (5 %) | 531 (6 %) | 274 (5 %) |
| 2010 | 49 (2 %) | 303 (7 %) | 453 (5 %) | 289 (5 %) |
| 2011 | 44 (2 %) | 293 (7 %) | 335 (4 %) | 304 (6 %) |
| 2012 | 43 (2 %) | 131 (3 %) | 387 (4 %) | 283 (6 %) |
| 2013 | 33 (2 %) | 171 (4 %) | 377 (4 %) | 225 (5 %) |
| 2014 | 37 (2 %) | 162 (4 %) | 341 (3 %) | 182 (5 %) |
| 2015 | 33 (1 %) | 131 (3 %) | 297 (3 %) | 174 (4 %) |
| 2016 | 26 (1 %) | 131 (2 %) | 292 (2 %) | 144 (3 %) |
| 2017 | 47 (2 %) | 143 (3 %) | 286 (2 %) | 126 (3 %) |

| HiE mit SGB III | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|-----------------|---------------|---------------------|-----------------|----------|
| 2008 | 600 (4 %) | 1 270 (4 %) | 275 (5 %) | 74 (4 %) |
| 2009 | 652 (4 %) | 1 507 (4 %) | 298 (6 %) | 77 (4 %) |
| 2010 | 614 (4 %) | 1 354 (4 %) | 290 (6 %) | 69 (4 %) |
| 2011 | 538 (4 %) | 1 176 (4 %) | 275 (6 %) | 73 (5 %) |
| 2012 | 488 (3 %) | 1 222 (4 %) | 246 (5 %) | 62 (4 %) |
| 2013 | 556 (4 %) | 1 214 (4 %) | 254 (5 %) | 53 (4 %) |
| 2014 | 569 (4 %) | 1 202 (3 %) | 240 (5 %) | 67 (4 %) |
| 2015 | 457 (3 %) | 1 209 (3 %) | 226 (5 %) | 64 (4 %) |
| 2016 | 462 (3 %) | 1 105 (3 %) | 237 (4 %) | 45 (2 %) |
| 2017 | 396 (2 %) | 1 126 (3 %) | 177 (3 %) | 42 (2 %) |

| HiE mit SGB III | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|-----------------|-----------|----------------|--------------------|------------|
| 2008 | 324 (3 %) | 159 (2 %) | 227 (4 %) | 493 (9 %) |
| 2009 | 302 (3 %) | 178 (3 %) | 247 (4 %) | 513 (10 %) |
| 2010 | 281 (3 %) | 148 (2 %) | 241 (4 %) | 448 (8 %) |
| 2011 | 262 (3 %) | 168 (3 %) | 243 (4 %) | 379 (8 %) |
| 2012 | 253 (3 %) | 187 (3 %) | 245 (4 %) | 301 (7 %) |
| 2013 | 217 (3 %) | 185 (4 %) | 229 (4 %) | 328 (8 %) |
| 2014 | 209 (3 %) | 131 (3 %) | 260 (4 %) | 254 (7 %) |
| 2015 | 181 (3 %) | 100 (2 %) | 229 (4 %) | 195 (5 %) |
| 2016 | 171 (2 %) | 105 (2 %) | 214 (3 %) | 133 (3 %) |
| 2017 | 178 (3 %) | 92 (2 %) | 229 (3 %) | 87 (2 %) |

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern

| HiE mit BAföG/ AusbVerg. | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|-----------------------------|-------------------|-----------|-----------|-------------|
| 2008 | 691 (7 %) | 567 (4 %) | 198 (3 %) | 294 (4 %) |
| 2009 | 654 (6 %) | 555 (4 %) | 262 (3 %) | 306 (4 %) |
| 2010 | 680 (6 %) | 629 (5 %) | 313 (4 %) | 291 (4 %) |
| 2011 | 659 (6 %) | 523 (5 %) | 332 (4 %) | 245 (4 %) |
| 2012 | 686 (7 %) | 525 (4 %) | 291 (4 %) | 221 (4 %) |
| 2013 | 694 (7 %) | 450 (4 %) | 332 (4 %) | 183 (3 %) |
| 2014 | 806 (8 %) | 361 (3 %) | 313 (4 %) | 190 (3 %) |
| 2015 | 650 (5 %) | 88 (1 %) | 255 (3 %) | 154 (3 %) |
| 2016 | 145 (2 %) | 76 (1 %) | 230 (3 %) | 136 (3 %) |
| 2017 | 169 (1 %) | 62 (0 %) | 128 (2 %) | 103 (2 %) |

| HiE mit BAföG/ AusbVerg. | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|-----------------------------|----------|-----------|-----------|------------------------|
| 2008 | 97 (5 %) | 206 (5 %) | 317 (3 %) | 408 (7 %) |
| 2009 | 98 (4 %) | 251 (6 %) | 325 (3 %) | 357 (6 %) |
| 2010 | 81 (4 %) | 150 (3 %) | 315 (3 %) | 317 (6 %) |
| 2011 | 76 (4 %) | 129 (3 %) | 268 (3 %) | 301 (6 %) |
| 2012 | 73 (4 %) | 104 (2 %) | 294 (3 %) | 239 (5 %) |
| 2013 | 71 (4 %) | 110 (2 %) | 261 (3 %) | 210 (5 %) |
| 2014 | 80 (4 %) | 110 (2 %) | 267 (3 %) | 170 (4 %) |
| 2015 | 85 (4 %) | 117 (2 %) | 234 (3 %) | 168 (4 %) |
| 2016 | 60 (2 %) | 107 (2 %) | 195 (2 %) | 111 (3 %) |
| 2017 | 41 (2 %) | 92 (2 %) | 184 (2 %) | 118 (3 %) |

| HiE mit BAföG/ AusbVerg. | Nieder-sachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|-----------------------------|----------------|---------------------|-----------------|-----------|
| 2008 | 910 (6 %) | 871 (3 %) | 186 (4 %) | 96 (6 %) |
| 2009 | 844 (5 %) | 1 015 (3 %) | 55 (1 %) | 102 (6 %) |
| 2010 | 885 (5 %) | 1 040 (3 %) | 158 (3 %) | 89 (5 %) |
| 2011 | 896 (6 %) | 951 (3 %) | 180 (4 %) | 85 (6 %) |
| 2012 | 853 (6 %) | 988 (3 %) | 154 (3 %) | 106 (7 %) |
| 2013 | 842 (6 %) | 902 (3 %) | 131 (3 %) | 72 (5 %) |
| 2014 | 771 (5 %) | 870 (3 %) | 133 (3 %) | 78 (5 %) |
| 2015 | 665 (4 %) | 795 (2 %) | 124 (3 %) | 58 (3 %) |
| 2016 | 608 (3 %) | 722 (2 %) | 151 (3 %) | 57 (3 %) |
| 2017 | 511 (3 %) | 587 (1 %) | 191 (4 %) | 58 (3 %) |

| HiE mit BAföG/ AusbVerg. | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|-----------------------------|-----------|----------------|--------------------|-----------|
| 2008 | 455 (4 %) | 204 (3 %) | 343 (6 %) | 438 (8 %) |
| 2009 | 390 (4 %) | 763 (11 %) | 296 (5 %) | 413 (8 %) |
| 2010 | 376 (4 %) | 686 (11 %) | 299 (5 %) | 446 (8 %) |
| 2011 | 319 (4 %) | 656 (11 %) | 251 (4 %) | 428 (9 %) |
| 2012 | 254 (3 %) | 586 (11 %) | 279 (5 %) | 376 (9 %) |
| 2013 | 238 (3 %) | 535 (10 %) | 232 (4 %) | 370 (9 %) |
| 2014 | 189 (3 %) | 574 (11 %) | 260 (4 %) | 314 (8 %) |
| 2015 | 168 (3 %) | 496 (10 %) | 233 (4 %) | 308 (9 %) |
| 2016 | 148 (2 %) | 450 (9 %) | 211 (3 %) | 104 (3 %) |
| 2017 | 125 (2 %) | 405 (8 %) | 126 (2 %) | 112 (3 %) |

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern

| HiE mit SGB II und SGB XII | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|----------------------------|-------------------|--------------|--------------|--------------|
| 2008 | 3 330 (33 %) | 4 350 (33 %) | 4 796 (64 %) | 4 125 (54 %) |
| 2009 | 3 563 (33 %) | 4 879 (38 %) | 5 050 (64 %) | 3 881 (54 %) |
| 2010 | 3 551 (33 %) | 5 580 (41 %) | 5 285 (65 %) | 3 460 (49 %) |
| 2011 | 3 443 (33 %) | 4 323 (41 %) | 5 124 (66 %) | 3 122 (48 %) |
| 2012 | 3 860 (38 %) | 4 120 (34 %) | 4 696 (63 %) | 2 850 (47 %) |
| 2013 | 3 267 (31 %) | 4 795 (39 %) | 4 643 (60 %) | 3 068 (49 %) |
| 2014 | 3 220 (31 %) | 5 269 (45 %) | 4 599 (59 %) | 2 816 (49 %) |
| 2015 | 4 362 (32 %) | 5 244 (51 %) | 4 687 (60 %) | 2 356 (45 %) |
| 2016 | 5 431 (34 %) | 7 117 (44 %) | 4 716 (55 %) | 2 486 (47 %) |
| 2017 | 6 419 (42 %) | 7 698 (49 %) | 4 933 (63 %) | 2 332 (50 %) |

| HiE mit SGB II und SGB XII | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|----------------------------|--------------|--------------|--------------|------------------------|
| 2008 | 1 189 (58 %) | 2 281 (53 %) | 4 593 (48 %) | 3 219 (56 %) |
| 2009 | 1 316 (60 %) | 2 328 (52 %) | 4 595 (47 %) | 2 868 (52 %) |
| 2010 | 1 180 (60 %) | 2 411 (54 %) | 4 550 (47 %) | 2 830 (53 %) |
| 2011 | 1 141 (60 %) | 1 966 (46 %) | 4 292 (48 %) | 2 466 (50 %) |
| 2012 | 1 128 (58 %) | 2 114 (49 %) | 3 850 (45 %) | 2 388 (52 %) |
| 2013 | 1 051 (55 %) | 2 111 (47 %) | 3 974 (45 %) | 2 280 (52 %) |
| 2014 | 1 105 (55 %) | 2 163 (48 %) | 4 260 (45 %) | 2 155 (51 %) |
| 2015 | 1 318 (57 %) | 2 172 (45 %) | 4 138 (43 %) | 2 019 (52 %) |
| 2016 | 1 413 (59 %) | 2 356 (45 %) | 4 420 (40 %) | 1 978 (50 %) |
| 2017 | 1 646 (65 %) | 2 613 (53 %) | 5 200 (48 %) | 1 884 (52 %) |

| HiE mit SGB II und SGB XII | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|----------------------------|---------------|---------------------|-----------------|--------------|
| 2008 | 8 305 (51 %) | 15 735 (49 %) | 1 985 (39 %) | 901 (53 %) |
| 2009 | 8 545 (52 %) | 16 205 (48 %) | 2 015 (38 %) | 995 (56 %) |
| 2010 | 8 671 (53 %) | 16 232 (49 %) | 2 025 (40 %) | 949 (55 %) |
| 2011 | 7 549 (50 %) | 14 817 (48 %) | 1 767 (39 %) | 783 (52 %) |
| 2012 | 7 214 (50 %) | 14 889 (47 %) | 1 854 (40 %) | 737 (50 %) |
| 2013 | 7 121 (49 %) | 15 567 (48 %) | 1 808 (38 %) | 776 (54 %) |
| 2014 | 7 194 (48 %) | 16 260 (49 %) | 1 887 (40 %) | 823 (54 %) |
| 2015 | 7 350 (48 %) | 17 382 (48 %) | 1 739 (36 %) | 934 (57 %) |
| 2016 | 7 719 (45 %) | 18 177 (46 %) | 2 151 (37 %) | 1 327 (66 %) |
| 2017 | 8 663 (54 %) | 21 682 (53 %) | 2 581 (46 %) | 1 459 (69 %) |

| HiE mit SGB II und SGB XII | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|----------------------------|--------------|----------------|--------------------|--------------|
| 2008 | 7 240 (67 %) | 5 062 (72 %) | 2 517 (41 %) | 1 889 (34 %) |
| 2009 | 6 423 (67 %) | 3 825 (57 %) | 2 559 (42 %) | 1 563 (31 %) |
| 2010 | 6 172 (66 %) | 3 463 (56 %) | 2 663 (42 %) | 1 791 (34 %) |
| 2011 | 5 537 (67 %) | 3 163 (55 %) | 2 328 (40 %) | 1 602 (33 %) |
| 2012 | 4 938 (67 %) | 3 017 (55 %) | 2 303 (39 %) | 1 452 (34 %) |
| 2013 | 4 946 (67 %) | 2 886 (53 %) | 2 421 (40 %) | 1 447 (34 %) |
| 2014 | 4 592 (67 %) | 2 656 (51 %) | 2 350 (40 %) | 1 421 (37 %) |
| 2015 | 4 339 (63 %) | 2 461 (51 %) | 2 359 (38 %) | 1 240 (34 %) |
| 2016 | 3 961 (57 %) | 2 886 (54 %) | 2 469 (35 %) | 1 322 (34 %) |
| 2017 | 4 389 (62 %) | 2 960 (61 %) | 3 169 (44 %) | 1 574 (43 %) |

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern

| HiE mit Leistungen nach AsylbLG | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|---------------------------------|-------------------|--------------|--------------|-------------|
| 2008 | 29 (0 %) | 6 (0 %) | 212 (3 %) | 62 (1 %) |
| 2009 | 109 (1 %) | 2 (0 %) | 202 (3 %) | 62 (1 %) |
| 2010 | 118 (1 %) | 9 (0 %) | 263 (3 %) | 73 (1 %) |
| 2011 | 129 (1 %) | 20 (0 %) | 341 (4 %) | 70 (1 %) |
| 2012 | 161 (2 %) | 19 (0 %) | 387 (5 %) | 87 (1 %) |
| 2013 | 133 (1 %) | 122 (1 %) | 473 (6 %) | 104 (2 %) |
| 2014 | 730 (7 %) | 388 (3 %) | 539 (7 %) | 157 (3 %) |
| 2015 | 1 791 (13 %) | 604 (6 %) | 754 (10 %) | 347 (7 %) |
| 2016 | 3 804 (24 %) | 2 169 (13 %) | 1 443 (17 %) | 589 (11 %) |
| 2017 | 2 102 (14 %) | 1 275 (8 %) | 866 (11 %) | 404 (9 %) |

| HiE mit Leistungen nach AsylbLG | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|---------------------------------|------------|------------|--------------|------------------------|
| 2008 | 95 (5 %) | 143 (3 %) | 101 (1 %) | 2 (0 %) |
| 2009 | 95 (4 %) | 111 (3 %) | 108 (1 %) | 3 (0 %) |
| 2010 | 67 (3 %) | 103 (2 %) | 118 (1 %) | 2 (0 %) |
| 2011 | 77 (4 %) | 195 (4 %) | 156 (2 %) | 6 (0 %) |
| 2012 | 68 (3 %) | 220 (5 %) | 179 (2 %) | 5 (0 %) |
| 2013 | 125 (6 %) | 181 (4 %) | 277 (3 %) | 35 (1 %) |
| 2014 | 187 (9 %) | 282 (6 %) | 487 (5 %) | 93 (2 %) |
| 2015 | 317 (14 %) | 495 (10 %) | 980 (10 %) | 234 (6 %) |
| 2016 | 372 (16 %) | 808 (16 %) | 2 192 (20 %) | 272 (7 %) |
| 2017 | 288 (11 %) | 473 (9 %) | 1 293 (12 %) | 147 (4 %) |

| HiE mit Leistungen nach AsylbLG | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|---------------------------------|---------------|---------------------|-----------------|-----------|
| 2008 | 378 (2 %) | 831 (3 %) | 2 (0 %) | 22 (1 %) |
| 2009 | 343 (2 %) | 796 (2 %) | 3 (0 %) | 23 (1 %) |
| 2010 | 357 (2 %) | 786 (2 %) | 10 (0 %) | 18 (1 %) |
| 2011 | 396 (3 %) | 831 (3 %) | 6 (0 %) | 14 (1 %) |
| 2012 | 410 (3 %) | 983 (3 %) | 14 (0 %) | 27 (2 %) |
| 2013 | 540 (4 %) | 1 336 (4 %) | 113 (2 %) | 19 (1 %) |
| 2014 | 996 (7 %) | 1 944 (6 %) | 216 (4 %) | 40 (3 %) |
| 2015 | 1 687 (11 %) | 3 846 (11 %) | 468 (10 %) | 83 (5 %) |
| 2016 | 3 308 (19 %) | 7 156 (18 %) | 1 079 (18 %) | 131 (6 %) |
| 2017 | 1 376 (9 %) | 4 197 (10 %) | 431 (8 %) | 51 (2 %) |

| HiE mit Leistungen nach AsylbLG | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|---------------------------------|------------|----------------|--------------------|------------|
| 2008 | 48 (0 %) | 92 (1 %) | 91 (1 %) | 27 (0 %) |
| 2009 | 35 (0 %) | 77 (1 %) | 88 (1 %) | 24 (1 %) |
| 2010 | 36 (0 %) | 90 (1 %) | 95 (1 %) | 34 (1 %) |
| 2011 | 46 (1 %) | 107 (2 %) | 131 (2 %) | 33 (1 %) |
| 2012 | 52 (1 %) | 98 (2 %) | 109 (2 %) | 31 (1 %) |
| 2013 | 58 (1 %) | 126 (3 %) | 153 (3 %) | 41 (1 %) |
| 2014 | 149 (2 %) | 153 (3 %) | 261 (4 %) | 62 (1 %) |
| 2015 | 385 (6 %) | 362 (8 %) | 458 (7 %) | 198 (5 %) |
| 2016 | 655 (10 %) | 561 (11 %) | 1 274 (18 %) | 426 (11 %) |
| 2017 | 531 (7 %) | 225 (5 %) | 618 (9 %) | 206 (6 %) |

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern

| HiE mit sonstigen Sozialleistungen | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|------------------------------------|-------------------|--------------|----------|-------------|
| 2008 | 197 (2 %) | 83 (1 %) | 18 (0 %) | 26 (0 %) |
| 2009 | 136 (1 %) | 78 (1 %) | 18 (0 %) | 26 (0 %) |
| 2010 | 121 (1 %) | 73 (1 %) | 16 (0 %) | 25 (0 %) |
| 2011 | 98 (1 %) | 60 (1 %) | 11 (0 %) | 28 (0 %) |
| 2012 | 124 (1 %) | 57 (1 %) | 9 (0 %) | 20 (0 %) |
| 2013 | 89 (1 %) | 63 (0 %) | 13 (0 %) | 28 (0 %) |
| 2014 | 100 (1 %) | 31 (0 %) | 10 (0 %) | 37 (1 %) |
| 2015 | 95 (1 %) | 1 551 (15 %) | 8 (0 %) | 39 (1 %) |
| 2016 | 0 (0 %) | 2 093 (13 %) | 11 (0 %) | 65 (1 %) |
| 2017 | 0 (0 %) | 1 925 (12 %) | 7 (0 %) | 23 (0 %) |

| HiE mit sonstigen Sozialleistungen | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|------------------------------------|-----------|----------|------------|------------------------|
| 2008 | 29 (1 %) | 4 (0 %) | 211 (2 %) | 37 (1 %) |
| 2009 | 19 (1 %) | 6 (0 %) | 454 (5 %) | 32 (1 %) |
| 2010 | 29 (1 %) | 6 (0 %) | 502 (5 %) | 49 (1 %) |
| 2011 | 26 (1 %) | 3 (0 %) | 494 (6 %) | 41 (1 %) |
| 2012 | 64 (3 %) | 19 (0 %) | 834 (10 %) | 28 (1 %) |
| 2013 | 41 (2 %) | 9 (0 %) | 842 (9 %) | 27 (1 %) |
| 2014 | 31 (2 %) | 5 (0 %) | 922 (10 %) | 35 (1 %) |
| 2015 | 60 (3 %) | 6 (0 %) | 867 (9 %) | 31 (1 %) |
| 2016 | 103 (4 %) | 6 (0 %) | 771 (7 %) | 36 (1 %) |
| 2017 | 24 (1 %) | 61 (1 %) | 790 (7 %) | 32 (1 %) |

| HiE mit sonstigen Sozialleistungen | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|------------------------------------|---------------|---------------------|-----------------|----------|
| 2008 | 2 063 (13 %) | 779 (2 %) | 28 (1 %) | 17 (1 %) |
| 2009 | 2 067 (13 %) | 842 (3 %) | 34 (1 %) | 21 (1 %) |
| 2010 | 2 036 (12 %) | 1 004 (3 %) | 42 (1 %) | 30 (2 %) |
| 2011 | 1 985 (13 %) | 711 (2 %) | 40 (1 %) | 31 (2 %) |
| 2012 | 2 110 (15 %) | 861 (3 %) | 54 (1 %) | 16 (1 %) |
| 2013 | 2 091 (14 %) | 777 (2 %) | 49 (1 %) | 22 (1 %) |
| 2014 | 2 038 (14 %) | 950 (3 %) | 46 (1 %) | 25 (1 %) |
| 2015 | 2 155 (14 %) | 1 016 (3 %) | 43 (1 %) | 33 (2 %) |
| 2016 | 1 973 (11 %) | 995 (2 %) | 49 (1 %) | 23 (1 %) |
| 2017 | 2 027 (13 %) | 1 073 (3 %) | 64 (1 %) | 25 (1 %) |

| HiE mit sonstigen Sozialleistungen | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|------------------------------------|-----------|----------------|--------------------|-----------|
| 2008 | 98 (1 %) | 25 (0 %) | 71 (1 %) | 104 (2 %) |
| 2009 | 91 (1 %) | 25 (0 %) | 78 (1 %) | 103 (2 %) |
| 2010 | 120 (1 %) | 28 (0 %) | 170 (3 %) | 84 (2 %) |
| 2011 | 106 (1 %) | 27 (0 %) | 164 (3 %) | 110 (2 %) |
| 2012 | 90 (1 %) | 19 (0 %) | 179 (3 %) | 103 (2 %) |
| 2013 | 75 (1 %) | 23 (0 %) | 182 (3 %) | 117 (2 %) |
| 2014 | 96 (1 %) | 18 (0 %) | 204 (3 %) | 67 (2 %) |
| 2015 | 81 (1 %) | 20 (0 %) | 219 (4 %) | 90 (3 %) |
| 2016 | 79 (1 %) | 25 (0 %) | 260 (4 %) | 73 (2 %) |
| 2017 | 102 (1 %) | 23 (0 %) | 234 (3 %) | 66 (2 %) |

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

| HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|---|-------------------|-------------|-----------|-------------|
| 2008 | 1 577 (15 %) | 121 (1 %) | 185 (2 %) | 693 (9 %) |
| 2009 | 1 782 (17 %) | 101 (1 %) | 185 (2 %) | 628 (9 %) |
| 2010 | 2 423 (22 %) | 68 (1 %) | 193 (2 %) | 743 (11 %) |
| 2011 | 1 601 (16 %) | 72 (1 %) | 156 (2 %) | 663 (10 %) |
| 2012 | 1 304 (13 %) | 54 (1 %) | 176 (2 %) | 574 (9 %) |
| 2013 | 2 772 (26 %) | 78 (1 %) | 193 (2 %) | 558 (9 %) |
| 2014 | 1 771 (19 %) | 54 (1 %) | 163 (2 %) | 516 (9 %) |
| 2015 | 276 (2 %) | 59 (1 %) | 166 (2 %) | 499 (9 %) |
| 2016 | 1 255 (8 %) | 210 (1 %) | 133 (2 %) | 514 (10 %) |
| 2017 | 266 (2 %) | 1 395 (9 %) | 143 (2 %) | 475 (10 %) |

| HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|---|------------|------------|--------------|------------------------|
| 2008 | 271 (13 %) | 732 (17 %) | 1 200 (13 %) | 389 (7 %) |
| 2009 | 343 (16 %) | 632 (14 %) | 1 482 (15 %) | 477 (9 %) |
| 2010 | 312 (16 %) | 474 (11 %) | 1 634 (17 %) | 472 (9 %) |
| 2011 | 253 (13 %) | 724 (17 %) | 1 348 (15 %) | 425 (9 %) |
| 2012 | 265 (14 %) | 758 (18 %) | 1 226 (14 %) | 368 (8 %) |
| 2013 | 345 (18 %) | 908 (20 %) | 1 339 (15 %) | 341 (8 %) |
| 2014 | 325 (16 %) | 830 (19 %) | 1 383 (15 %) | 389 (9 %) |
| 2015 | 258 (11 %) | 930 (19 %) | 1 382 (14 %) | 351 (9 %) |
| 2016 | 229 (10 %) | 826 (16 %) | 1 541 (14 %) | 508 (13 %) |
| 2017 | 269 (11 %) | 638 (13 %) | 1 544 (14 %) | 490 (13 %) |

| HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|---|---------------|---------------------|-----------------|------------|
| 2008 | 1 714 (10 %) | 7 509 (23 %) | 1 432 (28 %) | 310 (18 %) |
| 2009 | 1 482 (9 %) | 7 469 (22 %) | 1 651 (31 %) | 292 (17 %) |
| 2010 | 1 401 (9 %) | 7 175 (22 %) | 1 032 (20 %) | 284 (17 %) |
| 2011 | 1 248 (8 %) | 6 864 (22 %) | 1 215 (27 %) | 271 (18 %) |
| 2012 | 1 176 (8 %) | 6 604 (21 %) | 1 112 (24 %) | 254 (17 %) |
| 2013 | 1 067 (7 %) | 6 482 (20 %) | 1 189 (25 %) | 219 (15 %) |
| 2014 | 1 129 (7 %) | 6 355 (19 %) | 1 092 (23 %) | 244 (16 %) |
| 2015 | 895 (6 %) | 6 022 (17 %) | 1 151 (24 %) | 256 (16 %) |
| 2016 | 960 (6 %) | 5 774 (15 %) | 1 111 (19 %) | 195 (10 %) |
| 2017 | 855 (5 %) | 5 936 (15 %) | 1 075 (19 %) | 250 (12 %) |

| HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|---|--------------|----------------|--------------------|-----------|
| 2008 | 1 043 (10 %) | 366 (5 %) | 1 193 (20 %) | 139 (3 %) |
| 2009 | 814 (9 %) | 397 (6 %) | 1 056 (17 %) | 125 (2 %) |
| 2010 | 870 (9 %) | 326 (6 %) | 952 (15 %) | 187 (3 %) |
| 2011 | 697 (8 %) | 297 (5 %) | 830 (14 %) | 200 (4 %) |
| 2012 | 564 (8 %) | 318 (6 %) | 810 (14 %) | 191 (4 %) |
| 2013 | 542 (7 %) | 335 (6 %) | 787 (13 %) | 161 (4 %) |
| 2014 | 486 (7 %) | 293 (6 %) | 748 (12 %) | 189 (5 %) |
| 2015 | 506 (7 %) | 314 (6 %) | 692 (11 %) | 149 (4 %) |
| 2016 | 736 (11 %) | 289 (5 %) | 721 (10 %) | 116 (3 %) |
| 2017 | 570 (8 %) | 296 (6 %) | 785 (11 %) | 97 (3 %) |

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern

| Staatsangehörigkeit | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|---------------------|-------------------|--------------|--------------|--------------|
| Deutsche | 5 269 (35 %) | 6 043 (38 %) | 3 175 (41 %) | 3 395 (73 %) |
| Ausländerinnen | 9 974 (65 %) | 9 762 (62 %) | 4 590 (59 %) | 1 247 (27 %) |

| Staatsangehörigkeit | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|---------------------|--------------|--------------|--------------|------------------------|
| Deutsche | 947 (37 %) | 2 016 (40 %) | 3 912 (36 %) | 2 730 (75 %) |
| Ausländerinnen | 1 586 (63 %) | 2 966 (60 %) | 6 999 (64 %) | 928 (25 %) |

| Staatsangehörigkeit | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|---------------------|---------------|---------------------|-----------------|--------------|
| Deutsche | 8 151 (51 %) | 17 412 (43 %) | 2 721 (49 %) | 832 (39 %) |
| Ausländerinnen | 7 843 (49 %) | 23 181 (57 %) | 2 857 (51 %) | 1 287 (61 %) |

| Staatsangehörigkeit | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|---------------------|--------------|----------------|--------------------|--------------|
| Deutsche | 5 145 (72 %) | 3 275 (67 %) | 3 995 (55 %) | 2 537 (70 %) |
| Ausländerinnen | 1 982 (28 %) | 1 609 (33 %) | 3 215 (45 %) | 1 071 (30 %) |

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern

| Schwangerschaftswoche | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|-----------------------|-------------------|---------------|--------------|--------------|
| 1. bis 12. | 407 (3 %) | 119 (1 %) | 70 (1 %) | 85 (2 %) |
| 13. bis 20. | 5 650 (37 %) | 4 098 (26 %) | 1 069 (14 %) | 1 006 (22 %) |
| nach der 20. | 9 186 (60 %) | 11 588 (73 %) | 6 626 (85 %) | 3 551 (76 %) |

| Schwangerschaftswoche | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|-----------------------|--------------|--------------|--------------|------------------------|
| 1. bis 12. | 26 (1 %) | 123 (2 %) | 346 (3 %) | 43 (1 %) |
| 13. bis 20. | 203 (8 %) | 1 075 (22 %) | 2 097 (19 %) | 853 (23 %) |
| nach der 20. | 2 304 (91 %) | 3 784 (76 %) | 8 468 (78 %) | 2 762 (76 %) |

| Schwangerschaftswoche | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|-----------------------|---------------|---------------------|-----------------|--------------|
| 1. bis 12. | 261 (2 %) | 2 822 (7 %) | 453 (8 %) | 260 (12 %) |
| 13. bis 20. | 4 626 (29 %) | 13 529 (33 %) | 1 302 (23 %) | 773 (37 %) |
| nach der 20. | 11 107 (69 %) | 24 242 (60 %) | 3 823 (69 %) | 1 086 (51 %) |

| Schwangerschaftswoche | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|-----------------------|--------------|----------------|--------------------|--------------|
| 1. bis 12. | 548 (8 %) | 107 (2 %) | 611 (8 %) | 5 (0 %) |
| 13. bis 20. | 2 591 (36 %) | 1 512 (31 %) | 2 062 (29 %) | 367 (10 %) |
| nach der 20. | 3 988 (56 %) | 3 265 (67 %) | 4 537 (63 %) | 3 236 (90 %) |

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern

| Lebensform | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|---|--------------------------|---------------|---------------|--------------------|
| In ehelicher Gemeinschaft lebend | 8 452 (56 %) | 8 503 (54 %) | 3 801 (49 %) | 1 513 (32 %) |
| Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend) | 5 062 (33 %) | 5 317 (34 %) | 2 758 (35 %) | 1 894 (41 %) |
| In eheähnlicher Gemeinschaft lebend | 1 729 (11 %) | 1 985 (12 %) | 1 206 (16 %) | 1 235 (27 %) |

| Lebensform | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|---|---------------|----------------|---------------|-------------------------------|
| In ehelicher Gemeinschaft lebend | 1 213 (48 %) | 2 520 (51 %) | 6 381 (59 %) | 1 212 (33 %) |
| Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend) | 921 (36 %) | 1 794 (36 %) | 3 433 (31 %) | 1 571 (43 %) |
| In eheähnlicher Gemeinschaft lebend | 399 (16 %) | 668 (13 %) | 1 097 (10 %) | 875 (24 %) |

| Lebensform | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|---|----------------------|----------------------------|------------------------|-----------------|
| In ehelicher Gemeinschaft lebend | 8 160 (51 %) | 22 075 (54 %) | 3 054 (55 %) | 582 (28 %) |
| Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend) | 4 858 (30 %) | 12 468 (31 %) | 1 522 (27 %) | 1 258 (59 %) |
| In eheähnlicher Gemeinschaft lebend | 2 976 (19 %) | 6 050 (15 %) | 1 002 (18 %) | 279 (13 %) |

| Lebensform | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|---|----------------|-----------------------|---------------------------|------------------|
| In ehelicher Gemeinschaft lebend | 2 404 (34 %) | 1 806 (37 %) | 3 819 (53 %) | 1 363 (38 %) |
| Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend) | 3 076 (43 %) | 2 151 (44 %) | 2 048 (28 %) | 1 206 (33 %) |
| In eheähnlicher Gemeinschaft lebend | 1 647 (23 %) | 927 (19 %) | 1 343 (19 %) | 1 039 (29 %) |

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

| | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|---|--------------------------|---------------|---------------|--------------------|
| 2008 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 238 (100 %) | 152 (100 %) | 52 (100 %) | 66 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 202 (85 %) | 72 (47 %) | 45 (87 %) | 53 (80 %) |
| Staatlich/kommunal | 36 (15 %) | 80 (53 %) | 7 (13 %) | 13 (20 %) |
| 2009 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 124 (100 %) | 153 (100 %) | 50 (100 %) | 62 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 103 (85 %) | 77 (50 %) | 45 (90 %) | 49 (79 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (15 %) | 76 (50 %) | 5 (10 %) | 13 (21 %) |
| 2010 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 125 (100 %) | 155 (100 %) | 54 (100 %) | 63 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 104 (83 %) | 78 (50 %) | 49 (91 %) | 51 (81 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (17 %) | 77 (50 %) | 5 (9 %) | 12 (19 %) |
| 2011 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 125 (100 %) | 148 (100 %) | 52 (100 %) | 64 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 104 (82 %) | 72 (50 %) | 47 (90 %) | 52 (81 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (17 %) | 76 (50 %) | 5 (10 %) | 12 (19 %) |
| 2012 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 124 (100 %) | 149 (100 %) | 52 (100 %) | 62 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 103 (83 %) | 73 (49 %) | 46 (88 %) | 50 (81 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (17 %) | 76 (51 %) | 6 (12 %) | 12 (19 %) |
| 2013 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 124 (100 %) | 151 (100 %) | 55 (100 %) | 61 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 103 (82 %) | 75 (50 %) | 49 (89 %) | 50 (81 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (18 %) | 76 (50 %) | 6 (11 %) | 11 (19 %) |
| 2014 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 124 (100 %) | 151 (100 %) | 50 (100 %) | 61 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 103 (82 %) | 75 (50 %) | 45 (90 %) | 51 (81 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (18 %) | 76 (50 %) | 5 (10 %) | 10 (19 %) |
| 2015 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 124 (100 %) | 151 (100 %) | 53 (100 %) | 61 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 103 (83 %) | 75 (50 %) | 48 (91 %) | 50 (82 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (17 %) | 76 (50 %) | 5 (9 %) | 11 (18 %) |
| 2016 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 124 (100 %) | 152 (100 %) | 48 (100 %) | 62 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 103 (83 %) | 76 (50 %) | 43 (90 %) | 50 (81 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (17 %) | 76 (50 %) | 5 (10 %) | 12 (19 %) |
| 2017 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 124 (100 %) | 156 (100 %) | 47 (100 %) | 61 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 103 (83 %) | 80 (51 %) | 42 (89 %) | 51 (84 %) |
| Staatlich/kommunal | 21 (17 %) | 76 (49 %) | 5 (11 %) | 10 (16 %) |

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

| | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenb.- Vorpommern |
|---|---------------|----------------|---------------|----------------------------------|
| 2008 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 94 (100 %) | 41 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 94 (100 %) | 40 (98 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (2 %) |
| 2009 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 88 (100 %) | 41 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 88 (100 %) | 40 (98 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (2 %) |
| 2010 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 89 (100 %) | 42 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 89 (100 %) | 41 (98 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (2 %) |
| 2011 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 88 (100 %) | 42 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 88 (100 %) | 41 (98 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (2 %) |
| 2012 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 87 (100 %) | 41 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 87 (100 %) | 40 (98 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (2 %) |
| 2013 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 87 (100 %) | 39 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 87 (100 %) | 38 (97 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (3 %) |
| 2014 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 87 (100 %) | 39 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 87 (100 %) | 38 (97 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (3 %) |
| 2015 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 87 (100 %) | 39 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 87 (100 %) | 38 (97 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (3 %) |
| 2016 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 89 (100 %) | 39 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 89 (100 %) | 38 (97 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 1 (3 %) |
| 2017 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 88 (100 %) | 42 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 6 (100 %) | 4 (100 %) | 88 (100 %) | 42 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) |

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

| | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|---|----------------------|----------------------------|------------------------|-----------------|
| 2008 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 239 (100 %) | 181 (100 %) | 80 (100 %) | 18 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 162 (68 %) | 158 (87 %) | 80 (100 %) | 18 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 77 (32 %) | 23 (13 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) |
| 2009 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 249 (100 %) | 181 (100 %) | 81 (100 %) | 19 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 173 (69 %) | 158 (87 %) | 81 (100 %) | 19 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 76 (31 %) | 23 (13 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) |
| 2010 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 245 (100 %) | 181 (100 %) | 81 (100 %) | 20 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 168 (69 %) | 158 (87 %) | 81 (100 %) | 19 (95 %) |
| Staatlich/kommunal | 77 (31 %) | 23 (13 %) | 0 (0 %) | 1 (5 %) |
| 2011 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 247 (100 %) | 180 (100 %) | 80 (100 %) | 19 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 172 (70 %) | 157 (87 %) | 80 (100 %) | 19 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 75 (30 %) | 23 (13 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) |
| 2012 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 238 (100 %) | 180 (100 %) | 80 (100 %) | 19 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 176 (74 %) | 158 (88 %) | 80 (100 %) | 19 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 62 (26 %) | 22 (12 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) |
| 2013 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 241 (100 %) | 180 (100 %) | 80 (100 %) | 19 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 177 (73 %) | 158 (88 %) | 80 (100 %) | 19 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 64 (27 %) | 22 (12 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) |
| 2014 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 234 (100 %) | 181 (100 %) | 80 (100 %) | 19 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 175 (75 %) | 159 (88 %) | 80 (100 %) | 19 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 59 (25 %) | 22 (12 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) |
| 2015 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 232 (100 %) | 189 (100 %) | 93 (100 %) | 19 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 173 (75 %) | 168 (89 %) | 93 (100 %) | 19 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 59 (25 %) | 21 (11 %) | 0 (0 %) | 0 (0 %) |
| 2016 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 234 (100 %) | 189 (100 %) | 77 (100 %) | 21 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 173 (74 %) | 168 (89 %) | 77 (100 %) | 19 (90 %) |
| Staatlich/kommunal | 61 (26 %) | 21 (11 %) | 0 (0 %) | 2 (10 %) |
| 2017 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 230 (100 %) | 188 (100 %) | 93 (100 %) | 20 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 173 (75 %) | 167 (89 %) | 92 (99 %) | 19 (95 %) |
| Staatlich/kommunal | 57 (25 %) | 21 (11 %) | 1 (1 %) | 1 (5 %) |

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

| | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|---|----------------|-----------------------|---------------------------|------------------|
| 2008 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 79 (100 %) | 50 (100 %) | 49 (100 %) | 40 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 59 (75 %) | 48 (96 %) | 36 (73 %) | 40 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 20 (25 %) | 2 (4 %) | 13 (27 %) | 0 (0 %) |
| 2009 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 80 (100 %) | 50 (100 %) | 49 (100 %) | 39 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 60 (75 %) | 48 (96 %) | 36 (73 %) | 39 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 20 (25 %) | 2 (4 %) | 13 (27 %) | 0 (0 %) |
| 2010 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 80 (100 %) | 49 (100 %) | 50 (100 %) | 40 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 61 (76 %) | 47 (96 %) | 37 (74 %) | 40 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 19 (24 %) | 2 (4 %) | 13 (26 %) | 0 (0 %) |
| 2011 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 81 (100 %) | 48 (100 %) | 50 (100 %) | 39 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 63 (78 %) | 46 (96 %) | 37 (74 %) | 39 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 18 (22 %) | 2 (4 %) | 13 (26 %) | 0 (0 %) |
| 2012 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 78 (100 %) | 48 (100 %) | 51 (100 %) | 36 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 63 (81 %) | 46 (96 %) | 38 (75 %) | 36 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 15 (19 %) | 2 (4 %) | 13 (25 %) | 0 (0 %) |
| 2013 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 78 (100 %) | 48 (100 %) | 50 (100 %) | 35 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 64 (82 %) | 46 (96 %) | 38 (76 %) | 35 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 14 (18 %) | 2 (4 %) | 12 (24 %) | 0 (0 %) |
| 2014 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 79 (100 %) | 48 (100 %) | 50 (100 %) | 33 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 65 (82 %) | 46 (96 %) | 38 (76 %) | 33 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 14 (18 %) | 2 (4 %) | 12 (24 %) | 0 (0 %) |
| 2015 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 79 (100 %) | 44 (100 %) | 50 (100 %) | 34 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 65 (82 %) | 42 (95 %) | 38 (76 %) | 34 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 14 (18 %) | 2 (5 %) | 12 (24 %) | 0 (0 %) |
| 2016 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 81 (100 %) | 43 (100 %) | 50 (100 %) | 35 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 66 (81 %) | 41 (95 %) | 38 (76 %) | 35 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 15 (19 %) | 2 (5 %) | 12 (24 %) | 0 (0 %) |
| 2017 | | | | |
| Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen | 81 (100 %) | 41 (100 %) | 50 (100 %) | 34 (100 %) |
| Freie Trägerschaft | 66 (81 %) | 39 (95 %) | 38 (76 %) | 34 (100 %) |
| Staatlich/kommunal | 15 (19 %) | 2 (5 %) | 12 (24 %) | 0 (0 %) |

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2017 nach Bundesländern

| | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|-------------------|--|---|---|---|
| Einkommensgrenzen | HV/HA = 1,5-facher RS AL = 2-facher RS | 2,0 x RS (Härtefälle 2,5 x RS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunftsk. | § 53 AO | Einkommensgrenze Stiftung – Grundlage Bruttobezüge: AL = 5 x RS Paare/LG = 4 x RS HA = 3 x RS Härtefallregelung: § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO AL = 5 x RS HA = 4 x RS |
| | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
| Einkommensgrenzen | HV = 2 x RS HA = 1 x RS + Unterkunftskosten | AL: 3 x RL HV/HA: 2 x RL Kinder: 1 ½ RL zuzügl. Warmmiete | RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL | 1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL |
| | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
| Einkommensgrenzen | HV = 4,5*RS HA = 2,5*RS Grundlage Bruttobezüge | HV = 3 x RS HA = 2 x 80 % RS HA (0 – 5 J.) = 1,5 x 60 % RS HA (6 – 13 J.) = 1,5 x 70 % RS HA (14 – 24 J.) = 1,5 x 80 % RS AL = 3,75 x RS + Kinderzuschlag | HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + tatsächliche Kosten für Unterkunft + tatsächliche angemessene wirtschaftliche Ausgaben | AL 2,5 x RS+ KdU ansonsten 1,5 x RS + KdU |
| | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
| Einkommensgrenzen | HV/HA = 1,5 x RS AL 2 x RS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit | HV/HA = 1,5 x RS AL = 2 x RS + angem. KdU | HV = 2 x RS AL = 3 x RS zzgl. Unterbringungskosten | HV/HA = 1,5*RS und AL/HA = 2,0*RS+ Mehrb.f.Schw.+ angem.KdU; u.U. 20 %-ige Übersteigerung d. Netto; § 53AO; Folgeanträge möglich |

- keine Mehrfachzählung zum selben Kind (auch Zwillinge etc. zählen nur als ein Fall)
- die Zahlen ab Nr. 2 betreffen die Hilfeempfängerinnen
- die Prozentzahlen sind gerundet
- bei Mischtatbeständen zählt der Schwerpunkt-Tatbestand
- RS = Regelsatz; HV = Haushaltsvorstand; HA = Haushaltsangehörige; AL = Alleinerziehende

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2017 nach Bundesländern

| Durchschnittsbe- trag in Euro | Baden-Würt- temberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|-------------------------------------|------------------------|--------|--------|-------------|
| 2008 | 1 080 | 1 001 | 584 | 472 |
| 2009 | 1 110 | 1 080 | 644 | 465 |
| 2010 | 1 124 | 1 029 | 626 | 495 |
| 2011 | 1 085 | 1 250 | 599 | 536 |
| 2012 | 1 154 | 1 218 | 562 | 559 |
| 2013 | 1 071 | 1 251 | 559 | 509 |
| 2014 | 983 | 1 380 | 605 | 557 |
| 2015 | 759 | 1 210 | 628 | 661 |
| 2016 | 802 | 1 109 | 595 | 687 |
| 2017 | 633 | 1 039 | 543 | 711 |

| Durchschnittsbe- trag in Euro | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg- Vorpommern |
|-------------------------------------|--------|---------|--------|----------------------------|
| 2008 | 421 | 559 | 694 | 417 |
| 2009 | 437 | 548 | 688 | 417 |
| 2010 | 454 | 619 | 684 | 435 |
| 2011 | 467 | 549 | 744 | 455 |
| 2012 | 459 | 525 | 758 | 478 |
| 2013 | 463 | 569 | 721 | 502 |
| 2014 | 450 | 537 | 689 | 535 |
| 2015 | 395 | 501 | 692 | 544 |
| 2016 | 381 | 483 | 595 | 589 |
| 2017 | 374 | 487 | 581 | 597 |

| Durchschnittsbe- trag in Euro | Niedersach- sen | Nordrhein- Westfalen | Rheinland- Pfalz | Saarland |
|-------------------------------------|--------------------|-------------------------|---------------------|----------|
| 2008 | 524 | 587 | 854 | 668 |
| 2009 | 543 | 605 | 840 | 731 |
| 2010 | 523 | 597 | 832 | 715 |
| 2011 | 548 | 616 | 953 | 751 |
| 2012 | 579 | 608 | 987 | 754 |
| 2013 | 557 | 590 | 942 | 725 |
| 2014 | 545 | 565 | 819 | 801 |
| 2015 | 545 | 526 | 805 | 713 |
| 2016 | 470 | 486 | 829 | 538 |
| 2017 | 527 | 484 | 800 | 545 |

| Durchschnittsbe- trag in Euro | Sachsen | Sachsen-An- halt | Schleswig- Holstein | Thüringen |
|-------------------------------------|---------|---------------------|------------------------|-----------|
| 2008 | 587 | 467 | 524 | 618 |
| 2009 | 612 | 521 | 528 | 615 |
| 2010 | 616 | 514 | 517 | 630 |
| 2011 | 653 | 575 | 517 | 606 |
| 2012 | 738 | 550 | 517 | 678 |
| 2013 | 779 | 585 | 518 | 726 |
| 2014 | 779 | 595 | 519 | 746 |
| 2015 | 755 | 628 | 531 | 804 |
| 2016 | 713 | 622 | 465 | 778 |
| 2017 | 788 | 617 | 432 | 813 |

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2017 nach Bundesländern

| Aufteilung der Beträge | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|------------------------|-------------------|--------------|--------------|--------------|
| Bis 300 Euro | 8 378 (55 %) | 1 734 (11 %) | 498 (7 %) | 314 (7 %) |
| Bis 600 Euro | 144 (1 %) | 4 365 (28 %) | 6 587 (85 %) | 1 858 (40 %) |
| Bis 1 000 Euro | 6 551 (43 %) | 5 900 (37 %) | 170 (2 %) | 2 186 (47 %) |
| Bis 1 500 Euro | 6 (0 %) | 3 365 (21 %) | 490 (6 %) | 257 (5 %) |
| Über 1 500 | 164 (1 %) | 441 (3 %) | 20 (0 %) | 27 (1 %) |

| Aufteilung der Beträge | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|------------------------|--------------|--------------|--------------|------------------------|
| Bis 300 Euro | 1 771 (70 %) | 498 (10 %) | 697 (6 %) | 271 (7 %) |
| Bis 600 Euro | 483 (19 %) | 3 830 (77 %) | 6 972 (64 %) | 2 274 (62 %) |
| Bis 1 000 Euro | 262 (10 %) | 598 (12 %) | 3 009 (28 %) | 701 (19 %) |
| Bis 1 500 Euro | 17 (1 %) | 48 (1 %) | 197 (2 %) | 389 (11 %) |
| Über 1 500 Euro | 0 (0 %) | 8 (0 %) | 36 (0 %) | 23 (1 %) |

| Aufteilung der Beträge | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|------------------------|---------------|---------------------|-----------------|--------------|
| Bis 300 Euro | 1 338 (8 %) | 5 786 (14 %) | 939 (17 %) | 213 (10 %) |
| Bis 600 Euro | 10 139 (63 %) | 28 039 (69 %) | 2 151 (38 %) | 1 462 (69 %) |
| Bis 1 000 Euro | 3 242 (20 %) | 6 190 (15 %) | 986 (18 %) | 170 (8 %) |
| Bis 1 500 Euro | 1 188 (8 %) | 527 (2 %) | 1 044 (19 %) | 239 (11 %) |
| Über 1 500 Euro | 87 (1 %) | 51 (0 %) | 458 (8 %) | 35 (2 %) |

| Aufteilung der Beträge | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|------------------------|--------------|----------------|--------------------|--------------|
| Bis 300 Euro | 770 (11 %) | 223 (5 %) | 1 949 (27 %) | 321 (9 %) |
| Bis 600 Euro | 1 969 (27 %) | 3 643 (75 %) | 4 524 (63 %) | 755 (21 %) |
| Bis 1 000 Euro | 2 640 (37 %) | 941 (19 %) | 704 (10 %) | 1 627 (45 %) |
| Bis 1 500 Euro | 1 333 (19 %) | 63 (1 %) | 32 (0 %) | 789 (22 %) |
| Über 1 500 Euro | 415 (6 %) | 14 (0 %) | 1 (0 %) | 116 (3 %) |

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

| Zentrale Vergabe | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|------------------|-------------------|--------|--------|-------------|
| ja/nein | ja | ja | ja | ja |

| Zentrale Vergabe | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|------------------|--------|---------|----------|------------------------|
| ja/nein | nein | ja | beides*) | ja |

| Zentrale Vergabe | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|------------------|---------------|---------------------|-----------------|----------|
| ja/nein | ja | beides | ja | nein |

| Zentrale Vergabe | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|------------------|---------|----------------|--------------------|-----------|
| ja/nein | ja | ja | nein | ja |

*) Die zentrale Einrichtung in Hessen hat die Frage der zentralen Vergabe neu bewertet, nachdem die Legende für die Sozialdatenstatistik in Kraft gesetzt wurde.

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

| Orientierungsrahmen | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|---------------------|-------------------|--------|--------|-------------|
| ja/nein | ja | ja | ja | ja |

| Orientierungsrahmen | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|---------------------|--------|---------|--------|------------------------|
| ja/nein | ja | ja | ja | ja |

| Orientierungsrahmen | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|---------------------|---------------|---------------------|-----------------|----------|
| ja/nein | ja | ja | ja | ja |

| Orientierungsrahmen | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|---------------------|---------|----------------|--------------------|-----------|
| ja/nein | ja | ja | nein | ja |

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

| Zusätzliche Mittel | Baden-Württemberg | Bayern | Berlin | Brandenburg |
|--------------------|-------------------|-----------|--------|-------------|
| ja (in Euro)/nein | nein | 2 219 936 | nein*) | nein |

| Zusätzliche Mittel | Bremen | Hamburg | Hessen | Mecklenburg-Vorpommern |
|--------------------|--------|---------|--------|------------------------|
| ja (in Euro)/nein | nein | nein | nein | nein |

| Zusätzliche Mittel | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Saarland |
|--------------------|---------------|---------------------|-----------------|----------|
| ja (in Euro)/nein | nein | 0 | 290 073 | nein |

| Zusätzliche Mittel | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schleswig-Holstein | Thüringen |
|--------------------|---------|----------------|--------------------|-----------|
| ja (in Euro)/nein | 0 | 3 300 | keine | 21 675 |

*) Die zentrale Einrichtung in Berlin hat die Frage der zusätzlichen Mittel neu bewertet, nachdem die Legende für die Sozialdatenstatistik in Kraft gesetzt wurde.

VI. Tabellenverzeichnis

| | | |
|--------------------|--|-----------|
| Tabelle 1: | Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland | 7 |
| Tabelle 2: | Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland..... | 8 |
| Tabelle 3: | Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland | 8 |
| Tabelle 4: | Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland..... | 9 |
| Tabelle 5: | Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland..... | 9 |
| Tabelle 6: | Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland | 9 |
| Tabelle 7: | Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen..... | 10 |
| Tabelle 8: | Einkommengrenze nach den Regelsätzen des SGB XII | 10 |
| Tabelle 9: | Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland..... | 11 |
| Tabelle 10: | Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2017 | 11 |
| Tabelle 11: | Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel | 12 |
| Tabelle 12: | Orientierungsrahmen..... | 12 |
| Tabelle 13: | Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt | 12 |
| Tabelle 14: | Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern | 16 |
| Tabelle 15: | Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern | 17 |
| Tabelle 16: | Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern | 18 |
| Tabelle 17: | Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern..... | 19 |
| Tabelle 18: | Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern..... | 20 |
| Tabelle 19: | Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern..... | 21 |
| Tabelle 20: | Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern..... | 22 |
| Tabelle 21: | Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern..... | 23 |
| Tabelle 22: | Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern..... | 24 |
| Tabelle 23: | Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern | 25 |
| Tabelle 24: | Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern | 26 |
| Tabelle 25: | Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern | 26 |
| Tabelle 26: | Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2017 nach Bundesländern..... | 27 |
| Tabelle 27: | Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern | 28 |
| Tabelle 28: | Einkommengrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2017 nach Bundesländern | 32 |
| Tabelle 29: | Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2017 nach Bundesländern..... | 33 |
| Tabelle 30: | Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2017 nach Bundesländern | 34 |
| Tabelle 31: | Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern..... | 35 |
| Tabelle 32: | Orientierungsrahmen..... | 35 |
| Tabelle 33: | Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung | 35 |